Zur

Bundesreform-Frage.

Von

K. Jürgens.

Frankfurt am Main,
Verlag von G. H. Hedler.
1857.

Zur
Bundesreform-Frage.

Von

K. Jürgens.

Frankfurt am Main.
Druck und Verlag von G. H. Hedler.
1857.

I. Der europäische Friede und die politische Organisation Deutschlands.

Der Friede ist ein so hohes Gut, daß man nicht leicht zu viel darin thun kann, seine Bedingungen zu erwägen.

Freilich wird sein Werth jetzt allgemeiner anerkannt, freilich wird er höher gehalten, als noch im vorigen Jahrhundert. Die Zeit liegt schon weit hinter uns, wo Kriegslust und Sucht der Eroberung und Vergrößerung, wo Nichtachtung der Rechte und des Besitzstandes anderer Staaten, sowie der Wohlfahrt der Völker, wo mit Einem Worte die mehr oder minder nackte, oder hinter Vorwänden sich versteckende brutale Gewalt den Frieden so oft bedrohete, so oft unterbrach. Wir haben seit 1815 die Regierungen wie noch in keiner früheren Zeit für seine Erhaltung bemüht gesehen. Sie unterordneten den Friedensrücksichten vielfach die Affecte und Motive, die vorhin nur zu gewiß die Kriegsfackel entzündet haben würden. Zahlreiche Verwickelungen, die man noch im 18. Jahrhundert unfehlbar mit dem Schwerte durchhauen hätte, haben sie friedlich entwirrt und geschlichtet.

Jedoch hat es auch an Gelüsten zu Krieg und Gewalt, auch an Uebergriffen, die Krieg und Gewalt bedeuteten und provocirten, an Störung und Unterbrechung des europäischen Friedensstandes nicht gefehlt. Dieser wurde oft nur sehr mühsam aufrecht erhalten. Es geschah in manchen Fällen nur so, und dem Kriegszustande wurde da oder dort gleichfalls nur so ein Ende gemacht, daß man mehr zudeckte und hinausschob, als ordnete und beruhigte, daß der aufrecht erhaltene oder geschlossene Friede die Saat alter und neuer Zwietracht, die Keime späterer und vielleicht schwerer Störungen und Kriege in sich barg. Nie können Conflicte ganz ausbleiben; nie werden die Interessen der Staaten aufhören, mehr oder minder zu collidiren; die Leidenschaften, die Verkehrtheit und Kurzsichtigkeit, die Selbstsucht und Unbilligkeit der Menschen werden ihr Spiel nach wie vor treiben. Endlich liegt eine Gefahr für den Frieden auch in der Unvollkommenheit derjenigen Ordnung der Dinge, welche in Europa durch die Verträge stabilirt und sanctionirt ist, wodurch die letzte lange Kriegsperiode geschlossen wurde, und deren Absicht war, das lange verloren gewesene europäische Gleichgewicht wiederherzustellen.

Was man so nennt, ist eine der wesentlichen Grundlagen und Bedingungen des Friedens in diesem Erdtheile. Man suchte es in dem Besitze und in den Machtverhältnissen der Staaten, welche durch jene Verträge festgestellt wurden, und zum Theil auch in der Organisation der Staaten. Man schloß z. B. in Frankreich die napoleonische Dynastie aus, und beliebte für Frankreich die Charte; man sanctionirte in Deutschland eine föderative Verfassung, die darauf berechnet war, daß

es eine Friedensmacht, wie die Schweiz eine neutrale, sei. Man beging auch Irrthümer und Mißgriffe, welche vermeidlich gewesen wären, und die Folge davon war, daß die Ordnung der Dinge, welche man errichtete, eine unvollkommnere wurde, als jedes Menschenwerk stets unvollkommen ist.

Insofern sie Unvollkommenheiten zeigt, ist sie auch nur eine unvollkommene Gewähr des beabsichtigten Friedensstandes. Daraus folgt jedoch nicht, daß man sie zu beseitigen und an ihrer Stelle eine andere zu errichten suchen sollte. Das wäre die „Revision der Charte Europa's,“ die der Krieg ist, den man eben verhüten wollte und noch will und dessen Ausgang nach allen Umständen so ungewiß erscheint, daß nichts dafür bürgt, daß man durch ihn zu etwas Besserem gelangen würde. Wohl aber folgt daraus, daß man die Gebrechen, welche sich herausgestellt haben, zu entfernen suchen sollte, sofern sie noch nicht entfernt sind, und sofern es ohne Erschütterung der Grundlage, ohne Zerstörung des Werkes selbst geschehen kann.

Die 1815 beliebte unnatürliche Vereinigung Hollands und Belgiens, die so große Störungen herbeiführte, ist aufgehoben. Diese Staaten bedrohen in ihrer Trennung und ihrem Nebeneinanderbestehen den europäischen Friedenstand nicht mehr. Frankreich ist zu einer andern Einrichtung übergegangen, worin es denselben besser gewährleisten zu können scheint, als in der vorigen. Allein auf anderen Punkten haben sich an der von 1815 datirende Ordnung der Dinge Gebrechen herausgestellt, die ungeheilt geblieben sind, mehr oder minder beträchtliche Verwickelungen erzeugten, den Voraussichtigen stete Sorge erregen.

Es war ein Fehler, und der ein solches Gebrechen begründete, die preußische Dynastie mit der Schweiz von Neuem in Verbindung zu bringen. Das ist in den letzten Zeiten auf das Deutlichste erkannt. Indeß sind die Verwickelungen welche daraus entstanden, ihrer Lösung jetzt nahe gebracht.

Es war ein eben solcher und noch weit größerer Fehler, daß man die nordalbingischen deutschen Herzogthümer in ihr übel geregeltes Doppelverhältniß zum deutschen Bunde und zu Dänemark brachte. Er rächte sich durch die daraus zwischen Beiden entstandenen Wirren, die auch den andern Staaten so viel Noth machten, in deren Fortgange die Großmächte sich induciren ließen, jene Uebereinkunft im Londoner Protokoll zu treffen, die ihren Zweck so wenig erfüllt hat, beide Theile zu befriedigen und einen festen Frieden zwischen den Herzogthümern und Dänemark herzustellen, unter Wahrung der Rechte des deutschen Bundes einen zu einer Stütze des Gleichgewichts sich eignenden dänischen Staat zu errichten nnd so dem europäischen Friedenstande eine neue Bürgschaft zu geben. Die aus diesen Fehlgriffen hervorgegangenen Differenzen dauern noch fort und scheinen von ihrer Lösung noch weit entfernt zu sein.

Die größeste und bedenklichste Unvollkommenheit des 1815 festgestellten politischen Systems war dadurch begründet, daß man für Deutschland die mängelreiche Organisation beliebte, welche es durch die Errichtung des Bundes erhielt, und ihre weitere Ausführung nur in Aussicht nahm. Ihre Vervollkommnung wurde zwar angestrebt. Die Schlußacte und eine Reihe von Bundesbeschlüssen enthielten nähere Bestimmungen und füllten Lücken aus. Es genügte jedoch

nicht, besserte zum Theil auch nicht. Weitere Versuche der Reform waren gleichfalls ungenügend oder mißlangen. Jene Organisation hat sich bis auf diesen Tag als unzulänglich und unbefriedigend erwiesen. Und eben darin liegt die größeste Unvollkommenheit der bestehenden Ordnung der europäischen Dinge, die schwächste Stelle im Gebäude des europäischen Gleichgewichts, also eine große Gefährde des letzteren, des Friedens.

Es wird hier indessen noch eine Erläuterung hinzuzufügen sein.

II. Deutschland der Schlußstein des europäischen Staatengebäudes, der Schwerpunkt des europäischen Gleichgewichts.

Wir sagten von der 1815 für Deutschland beliebten politischen Organisation, daß mit ihr der erheblichste und bedenklichste Mangel des damals errichteten europäischen Staatengebäudes begründet worden sei, daß sie, unvollendet und unzulänglich, wie sie geblieben, die größeste Unvollkommenheit dieses Staatengebäudes bilde. Dem ist so, weil sie dem Zwecke so wenig entsprechend sich gezeigt hat, und weil Deutschland der Schlußstein des europäischen Staatengebäudes, der Schwerpunkt des gesuchten Gleichgewichts ist — trotz seiner mangelhaften Organisation in gewissem Maß durch seine Schwerkraft ist und in vollem Maß sein sollte.

Deutschland eignet sich dazu durch seine geographische Lage und den Reichthum seiner Mittel und Kräfte. Es findet dadurch so viel Genüge in sich selbst, daß ihm schon deshalb der Gedanke an Eroberung ganz fern bleiben und der Friede mehr als jedem andern europäischen Großstaate angelegen sein muß; es ist dadurch im Stande, die Strei-

tenden auseinander, den Frieden vermittelnd oder mit starker Hand gegen alle Störungen und Uebergriffe aufrecht zu erhalten. Nach seiner föderativen Organisation ist es gleichfalls ganz geeignet und diese ist darauf gerichtet, daß es die große, starke, erhaltende, den Frieden schirmende und verbürgende Mittelmacht sei. Man kann auch nicht in Abrede nehmen, daß es in dieser seiner Beschaffenheit und Organisation beträchtlich dazu mitgewirkt hat, daß nach 1815 eine so lange Friedensperiode folgte und verhältnißmäßig so wenig unterbrochen wurde.

Auf der andern Seite weisen die Störungen, welche dieselbe erlitten, die vorhandenen Verwicklungen, die Passivität oder geringe Wirksamkeit, welche Deutschland vielfach gezeigt hat oder noch zeigt, das Eintreten derselben zu verhindern oder sie rascher und besser zu beenden, darauf hin, daß seine Organisation eine mangelhafte ist. Denn seine Lage ist etwas bleibendes, seine Mittel und Kräfte waren vorhanden, wie sie es sind. An diesen Bedingungen der Erfüllung seiner Aufgabe fehlt es also nicht.

Man könnte einwenden, es hätte auch trotz der Mängel seiner Organisation activer und richtiger und energischer thätig sein können nach seinem Beruf. Dies ist allerdings zuzugeben und wir wollen es keineswegs außer Augen lassen. Allein eine energische und richtige Action wird stets mehr oder weniger behindert durch eine fehlerhafte, begünstigt durch eine tüchtige, also in einem gewissen Maße stets bedingt durch die Beschaffenheit der Organisation eines politischen Körpers, und man wird daher in einer Mangelhaftigkeit derselben zum wenigsten eine der Ursachen, und zwar eine

nicht geringe, suchen dürfen, wo es an der Action mangelt, welche stattfinden sollte.

Es mögen ein paar Andeutungen folgen, wo und wie Deutschland seinem Gewicht und seiner Stellung und Bestimmung im europäischen Staatensystem nicht genügte, oder zur Zeit nicht genügt — zu seinem eignen und der übrigen Staaten Nachtheile und zur Gefährde der bestehenden allgemeinen Ordnung, des Gleichgewichtes, des Friedens; zu einem Zeichen, daß in der Organisation Deutschlands im Bunde, wie sie war und ist, und also in einem wichtigen Theile, ja im Herzen des europäischen Staatenkörpers etwas nicht ist wie es sein sollte.

Wenn der deutsche Bund „eine Wahrheit", wenn seine Organisation ausgebildet gewesen wäre und sein Organ, die Bundesversammlung, sodann in der Thätigkeit, wie die Absicht der Errichtung und Verfassung des Bundes sie gewollt, sich befunden hätte in den Jahren, welche den Uebergriffen Rußlands vorhergingen, die den letzten Krieg herbeiführten: so würde Rußland nach höchster Wahrscheinlichkeit entweder gar nicht auf den Gedanken gekommen sein, den Frieden durch sein Uebergreifen gegen die Türkei zu unterbrechen und Pläne des Ehrgeizes und der Eroberung zu verfolgen, oder sich gehütet haben, damit hervorzutreten.

Wäre der deutsche Bund, als dies geschah, im angedeuteten Sinne eine Wahrheit gewesen, so würde er sofort mit einem nachdrücklichen Veto hervorgetreten und der Krieg würde viel rascher, mit weit geringeren Opfern und einem besseren, d. h. mehr sichernden Frieden zum Ende geführt sein.

Es waren die entfernter liegenden Westmächte, und die

kein so nahes Interesse hatten als Deutschland, die sich zum Schutze des europäischen Gleichgewichts in der vordersten Reihe erhoben, während Gesammtdeutschland schlief oder zuschaute. Das war nicht in der Ordnung. Oesterreich freilich, die erste Macht im deutschen Bunde, schloß sich mit Abmahnung vom Kriege und mit Kriegsrüstung und militärischer Aufstellung in der Flanke Rußlands ihnen an — beiläufig gesagt auch viel Menschenverlust erleidend, welchen sich erspart zu haben, wo es der Wahrung gemeinsamer deutscher Interessen galt, ein Ruhm ist, dessen man besser geschwiegen haben würde. Er ähnelt den Aeußerungen selbstgenügsamer Zufriedenheit über die Befreiung von der Kriegslast, welche der Vertrag von Basel gewährte und des Behagens über das Wohlbefinden innerhalb der Demarkationslinie, worauf solches Weh folgte. Sodann wurde Rußland auch von Preußen und den mittleren Staaten des Bundes zum Frieden gemahnt, und auch die Bundesversammlung faßte Beschlüsse auf das Betreiben Oesterreichs, die Gesammtheit zu vermögen, an seiner Gegenstellung und seiner Action gegen Rußland Theil zu nehmen. Diese Beschlüsse waren jedoch nur halbe und unsichere. Die einzelnen Glieder des Bundes vermochten nur sehr unvollständig das, was der Bund in gesammter und entschiedener Action vermocht haben würde. Oesterreich sah sich in große Schwierigkeiten und Gefahren durch den Mangel einer solchen gesetzt, in welchen leicht der Grund zu finden ist, daß es seinerseits so unverhältnißmäßige Opfer zu bringen genöthigt war. Die Effecte, welche trotz jenes Mangels seine Haltung und schließlich seine Sommation in St. Petersburg hervorgebracht haben,

beweisen, wie viel wirksamer ein gleiches Auftreten von Gesammtdeutschland gewesen sein würde. Ganz Europa hat darunter gelitten, daß es hieran fehlte — die Westmächte, Oesterreich, Rußland selbst. Der Krieg in seiner Hartnäckigkeit und Verlängerung hat ihnen Allen unsägliche Geld- und Menschenverluste gebracht. Andere Staaten, insbesondere die nichtösterreichischen deutschen, erlitten mittelbar beträchtlichen materiellen und moralischen Schaden. Gerade vor hundert Jahren ward Nordamerika passiv eine der Ursachen zum Ausbruch des siebenjährigen deutschen Krieges. Jetzt gab der orientalische Streit dem hochstrebenden nordamerikanischen Freistaate eine erste Gelegenheit, in die Händel Europa's sich einzumischen und diesseit des Weltmeeres einen Einfluß zu üben, der, wiederkehrend und verstärkt, von den bedenklichsten Folgen begleitet sein würde.

Als der Friede geschlossen war, machte Rußland Schwierigkeiten; die Vollziehung desselben verzog sich; es entstanden darüber beträchtliche Verwickelungen. Die meisten derselben sind zwar beseitigt, doch bargen sie Gefährde in sich, machten nicht wenig zu schaffen und noch immer ist eine von ihnen ungelöst. Wäre der deutsche Bund als einige Gesammtmacht dagestanden, hätte er als solche in den Streitfragen der Friedensvollziehung seine Stimme abgegeben und gehandelt, so würden sie kaum erregt, in diesem Falle aber sicher rasch und ohne Mühe erledigt sein. Sie sind entstanden und haben so viel zu schaffen gemacht, weil der deutsche Bund, als Nichttheilnehmer am Friedenscongreß und Abschluß, auch in Sachen der Friedensvollziehung nicht mitsprechen und handeln konnte, und weil obenein die deutschen Großstaaten

verschiedenen Ansichten folgten und verschiedene Wege gingen, indem Oesterreich gemeinsam mit England handelte, Preußen zu Rußland, oder zu Rußland und Frankreich hielt. Der deutsche Bund zeigte sich auch in diesen Fällen als nicht gut organisirt. Deutschland, Europa und der Friede haben von dem Allen wahrlich keinen Vortheil gehabt.

Auch an dem Neuenburger Conflict, an der Frage wegen Holstein-Lauenburg, an den Ausschreitungen Sardiniens gegen Oesterreich, Vorkommnissen, welche näher oder entfernter, mehr oder minder die Ruhe des Welttheils bedroheten oder noch bedrohen, läßt sich leicht zeigen, daß es in einer oder anderen Weise, und zum gemeinen Nachtheil aller zum europäischen Staatensysteme gehörender Staaten, an richtiger und tüchtiger Organisation des deutschen Bundes fehlt.

Der Neuenburger Conflict — welche Sorgen erregte er, welche Gefahr barg er in der That in sich! Die preußische Politik glaubte sich nicht zunächst an die Bundesgenossen, sondern an den Kaiser der Franzosen wenden zu sollen. Ihm fiel die Rolle des ersten und vornehmsten Vermittlers zu.

Der deutsche Bund als solcher ist nicht Theilnehmer an den Conferenzen wegen Beilegung des Neuenburger Handels geworden, trotzdem daß er doppelt und dreifach interessirt ist, als Friedewahrende mitteleuropäische Macht, indem es sich um die Sache des Oberhauptes einer seiner vornehmsten Glieder handelt, indem Deutschland zunächst und am meisten gefährdet war. Endlich die leidigen Durchmarschverträge!

Wenn ein so kleiner Staat wie Sardinien sich heraus nehmen, ja nur daran denken kann, zu seinen absonderlichen Zwecken einen europäischen Brand entzünden zu wollen:

muß man nicht schließen, daß die politische Ordnung minder fest und gesichert ist, als sie es sein sollte?

War der deutsche Bund in dem Zustande, in welchen er nach der Absicht seiner Einsetzung längst hätte gebracht werden sollen, so enthielt sich die dänische Regierung sicher des Verfahrens, wodurch die Verwickelung wegen der deutschen Herzogthümer herbeigeführt ist, in welcher nun die nichtdeutschen Großmächte nach allem Anschein eine Gefahr für das europäische Gleichgewicht entstehen zu sehen und in einer Weise sich einmischen zu sollen geglaubt haben oder noch glauben, wodurch dasselbe eben sehr wesentlich gestört werden würde, sofern sie sich vergeblich bemühen wollten, dasselbe in Dänemark zu stützen, während sie es in Deutschland schwächten und untergrüben.

So viel unlängst davon gesprochen wurde, es ist schwerlich Ernst mit ihrer Absicht oder Geneigtheit, die Sache als eine deutsche und nichteuropäische Angelegenheit dem deutschen Bunde schließlich zu überlassen, und man würde diesseits nicht in der beengenden Lage sein, die Entstehung einer feindlichen europäischen Coalition in Rücksicht ziehen zu müssen, wäre der deutsche Bund bislang organisirt und activ gewesen, wie und wo er es hätte sein sollen. Ja, wenn er nur im orientalischen Conflict gemeinsam und nachdrücklich gehandelt und die ihm gebührende und so nahe gelegte Stellung als Gesammtmacht eingenommen hätte, würde es Dänemark nicht beigekommen sein, die deutschen Herzogthümer zu mißhandeln, und Frankreich, England, Rußland nicht, für Dänemark Partei zu nehmen und die Sache vor ihr Forum ziehen und die Verhältnisse damit auf den Kopf stellen,

d. h. ihrerseits die Schiedsrichter in allen Verwickelungen, welche in Europa vorkommen mögen, und speciell in den deutschen Angelegenheiten sein, also Deutschland übermeistern und zum Spielball ihrer Politik machen zu wollen.

Hiermit soll jedoch nicht gesagt sein, daß der Bund niemals activ gewesen wäre, wie und wo er es hätte sein sollen, noch soll damit ein Zweifel ausgedrückt werden, daß er im dermaligen deutsch-dänischen Conflict gegenüber den Einmischungsversuchen des Auslands weichen dürfte, wie er es z. B. am 18. September 1834 nicht that.

III. Bessere Organisation des deutschen Bundes ein europäisches Interesse, jedoch keine europäische Frage, sondern eine deutsche Aufgabe.

Zunächst sind zwei Ergebnisse zu wiederholen: Wenn die allgemeine politische Ordnung Europa's Unvollkommenheiten zeigt, so ist sie auch nur eine unvollkommene Gewähr des bei ihrer Aufrichtung beabsichtigten Friedensstandes — Deutschland ist geeignet und bestimmt, ihr Schwerpunkt zu sein und ist es nicht im beabsichtigten und möglichen Maß, weil seine politische Organisation unausgebildet geblieben ist.

Daraus folgt, daß ganz Europa ein beträchtliches Interesse daran hat, daß dieselbe gebessert werde.

Bisweilen ist dieß auch auswärts gefühlt worden, freilich unglücklicherweise nur dann und dort, wenn und wo der Nachtheil der jetzigen politischen Organisation Deutschlands für die Erhaltung oder Herstellung des Gleichgewichts und des Friedens sich sehr deutlich fühlbar machte, z. B. während der orientalischen Krisis in England und Frankreich, wo zu jener Zeit mehrfach die Mängel jener Organisation erwogen zu sein und Ideen und Wünsche ihrer Besserung auf-

getaucht zu sein scheinen. Noch vor Kurzem äußerte „Le Nord", der Kaiser Napoleon habe über die Reorganisation des Deutschen Bundes Ideen, die sich später nach den Umständen entwickeln und ihn veranlassen würden, sich nicht gleichgiltig bei dem gegenwärtigen Conflicte der deutschen Mächte mit Dänemark zu zeigen. Die Aeußerung des russischen Organs stellt sich allerdings als eine tendenziöse dar. Wenn zur Zeit des orientalischen Kriegs in den Blättern davon die Rede war, der Kaiser Napoleon beschäftige sich mit Absichten einer Reform des Deutschen Bundes und mit Einwirkungen zu diesem Zwecke in Frankfurt, so war dieß nach aller Wahrscheinlichkeit eine Ausstreuung, ein Stratagem der Gegner jeder Bundesreform in Deutschland.

Wie dem sei, es deutet das Alles auf das Interesse hin, welches die anderen Staaten an der Reorganisation des deutschen Bundes in der That haben. Jedoch bedarf es keines besonderen Beweises, daß dieselbe darum noch keine europäische Frage ist oder dazu dürfte gemacht werden wollen, sondern daß sie lediglich innere und eigene Sache und Aufgabe Deutschlands ist, eben wie Frankreich lediglich nach seiner Selbstbestimmung seine gegenwärtige politische Ordnung sich gegeben hat.

Die anderen Staaten würden nach Recht und Klugheit erst dann darauf kommen können, zur Reorganisation des Deutschen Bundes mitzureden, wenn der Zustand Deutschlands geradezu gefährlich und unleidlich für ihre eigene Sicherheit und ihren Frieden sich gestalten sollte, und wenn zugleich ihrer Intervention so viel Macht, Wohlwollen, Einmüthigkeit und Einsicht zu Grunde läge, daß ein gutes

Resultat mit Bestimmtheit erwartet werden dürfte; Voraussetzungen von deren Vorhandensein gegenwärtig nicht von fern die Rede sein kann, so unerwünscht und mangelhaft dem einen oder andern der fremden Staaten die jetzige Organisation des Deutschen Bundes auch erscheinen mag, und so wenig wir die Einsicht und das Wohlmeinen eines Theils der auswärtigen Regenten und Staatsmänner bezweifeln mögen.

Selbst nicht einmal mit gutem Rath dürfen die auswärtigen Cabinette sich in die deutsche Sache einmischen wollen. Sie würden dadurch nur das nationale Selbstgefühl verletzen, Mißtrauen gegen sich und gegen die in Deutschland selbst so sehr gewünschte Reorganisation und insbesondere gegen diejenigen, von welchen sie betrieben würde, erregen. Sie würden also dadurch der Sache nur hinderlich werden.

Wohl aber führt die mangelhafte Organisation des Deutschen Bundes, so oft aus derselben Uebelstände für sie hervortreten, naturgemäß sie darauf hin und es kann in solchen Fällen ihnen schwer werden, wohlgemeinter Einmischungen der angedeuteten Art sich zu enthalten, eben so, wie es eine natürliche Folge jener mangelhaften Organisation ist, daß noch viel häufiger *egoistische* Influirungen vorkommen. Doch liegt in dem Allen nur für *Deutschland* ein Motiv, um so mehr auf die Besserung seiner Verfassung zu denken.

Es gibt eine andere, berechtigte und richtige Weise, in welcher die anderen Staaten ihr Interesse daran bethätigen mögen. Sie besteht darin, daß sie sich thatsächlicher Er-

schwerungen derselben enthalten und sie umgekehrt Deutschland zu erleichtern suchen.

Aber gerade hier lassen sie es fehlen und handeln in den meisten Fällen ganz verkehrt, verkehrt zumal, wenn sie nicht absichtliche selbstsüchtige Zwecke gegen Deutschland verfolgen.

Es geschah dieß z. B. durch das Verhalten der Westmächte und Rußlands vom Anbeginn der Conflicte, in welche der Deutsche Bund mit Dänemark wegen der nordalbingischen Herzogthümer gerieth. Es geschieht, sofern sie in der holstein-lauenburgischen Frage die dänische Regierung gegen die deutschen Großstaaten unterstützen. Die Westmächte folgen dabei einer ganz falschen Fährte, wenn sie glauben, um des europäischen Gleichgewichts Willen und speciell gegenüber Rußland ihre Bemühungen darauf richten zu sollen, die gar nicht bedrohte dänische Monarchie und deren Integrität und Einheit aufrecht zu erhalten. In Wahrheit unterstützen sie nur die dänische Gesammtstaatsverfassung in dem, was in derselben zum Nachtheil der deutschen Herzogthümer bestimmt ist; sodann die den letztern nachtheilige Anwendung jener Verfassung von Seiten des dänischen Cabinets, endlich das dänische Mißregiment in den Herzogthümern. Sie unterstützen damit, was auf die Länge unhaltbar ist und die dänische Monarchie selbst schwächt und bedroht. Wie viel wichtiger als Dänemark ist Deutschland für Aufrechthaltung des Ruhestandes und der allgemeinen Ordnung. Sollten sie ihre Politik fortsetzen und hätte dieselbe Erfolg, so würde der Deutsche Bund noch mehr desorganisirt, noch unkräftiger, noch untüchtiger für seine europäische Aufgabe

und das Gleichgewicht und der Friede würde schwer eben durch sie gefährdet werden.

Und eine solche Politik gegenüber Rußland und dessen Tendenz, in Deutschland Fuß zu fassen! Die Westmächte haben erst ganz kürzlich die Erfahrung gemacht, wie nachtheilig und gefährlich der dermalige Zustand Deutschlands bei Uebergriffen Rußlands ist, das seinerseits im Interesse seines Uebergewichts dem dänischen Cabinet seinen Beistand lieh; es würde die ärgste Verblendung genannt werden müssen, wenn sie ihm auch in Zukunft noch die Hand reichten zu Dem, was sie speciell zu verhindern im Auge haben.

IV. Was sollte zur Reorganisation des Deutschen Bundes geschehen?

Von der Nothwendigkeit und Dringlichkeit der Lösung seiner Reformaufgabe für Deutschland zu reden, ist am wenigsten erforderlich. Das Bedürfniß ist, zumal in prüfenden Momenten, allseits, auch officiell, anerkannt. Die Angelegenheit ist liegen geblieben, aber damit nicht abgethan. Sie zu erledigen ist kein Zwang vorhanden, aber sie ist deßhalb nicht als beseitigt zu betrachten. Sie brennt Augenblicks nicht gerade auf die Finger, ist aber dennoch eine brennende zu nennen. Die Besserung ist eine Frage der Autorität, der Gegenwart und Zukunft Deutschlands. Die richtigere Organisation fehlte nach wie vor 1848. Ihr Mangel tritt vor Augen und macht sich fühlbar, wohin wir blicken, bei jedem Vorkommniß. Die holsteinische Frage — da fehlt der Bund; die Verfassungswirren in den Einzelstaaten — in ihnen und bei zehn andern Anläßen fehlt das Bundesgericht. Und so überall.

Allein was sollte zur Reorganisation geschehen?

Diese Frage, wie oft auch erörtert, ist noch immerfort

zu erörtern. Sie ist fern davon, auf das Reine gebracht zu sein. Die Ansichten gehen auch heute noch weit auseinander. Eine feste und allgemeine oder nur vorherrschende, eine wahre öffentliche Meinung darüber war noch nie und ist auch jetzt noch nicht erkennbar. Darin liegt eine der größesten Schwierigkeiten, eins der größesten Hindernisse der Reorganisation, daß wir uns über deren Ziel und Umfang, das Was und Wie nicht zu einigen gewußt haben.

Allgemein ist zu antworten: zur Reorganisation sollte geschehen, was nur immer dazu geschehen **kann**, also das Nöthige und zugleich Mögliche.

Unter Reorganisation darf nicht ein Neubau von Grund auf, Beseitigung der vorhandenen und Uebergang zu einer ganz andern Organisation verstanden werden wollen. Von so etwas kann zur Zeit nicht die Rede sein; die Unthunlichkeit liegt auf der Hand. Die Reorganisation muß von den gegebenen Grundlagen, dem thatsächlich, geschichtlich, rechtlich Vorhandenen ausgehen; sie kann nur Reform, Umgestaltung zum Bessern, Entwickelung, Ausbildung, Ergänzung sein. Sie hat ihr Feld innerhalb des Bundes, der Vereinigung einer bestimmten Anzahl souveräner Staaten. Man darf also bei ihr keinen der letzteren ausschließen oder ihren Besitzstand alteriren, ihre Selbstständigkeit aufheben wollen. Ihr Gegenstand ist die dermalige Verfassung des Bundes, die auf der Bundesacte, der Schlußacte und einer Reihe von Bundesbeschlüssen beruht, und in vielen und wesentlichen Punkten ohne Zerstörung geändert und gebessert und ergänzt werden kann. Dies zu thun ist die Aufgabe der Reorganisation.

Man kann diese Aufgabe so zu lösen suchen, daß man einzelne Punkte reformirend oder Lücken ausfüllend vornimmt. In dieser Weise ist die Reform im Gange, in freilich sehr mäßigem Gange. Man ist mit der Abfassung eines allgemeinen Handesgesetzbuches von Bundeswegen beschäftigt. In dieser Weise ist manches Nützliche zur Besserung, und kann dazu noch viel mehr Nützliches und Erhebliches geschehen. Man könnte z. B. auch die Verfassung einer allgemeinen Gewerbeordnung, die Feststellung gewisser von den Regierungen zu beobachtender Normen bei Ausführung der Bundesbeschlüsse über die Presse, über die nothwendige Uebereinstimmung der Bundesgrundgesetze und der Verfassungen in den Einzelstaaten, die Einsetzung eines Bundesgerichts vornehmen. In England ist man auf diesem Wege gewandelt und sehr weit gekommen. Und man sollte doch meinen, daß man auf ihm auch in Deutschland weiter kommen, mit dem auf ihm zu Erreichenden würde auskommen können, wenn es an bundesfreundlicher Gesinnung, Gemeinsinnigkeit, heller Erkenntniß der Gesammtinteressen und den Consequenzen und Erzeugnissen davon, z. B. einer im guten Sinne guten Presse, also an Dingen nicht gebräche, bei deren Mangel die beste Verfassung nicht hilft, in Verfall geräth, zu Grunde geht, wie es mit der deutschen Reichsverfassung geschah; deren Vorhandensein die Schäden der schlechtesten heilt; an welchen es bei uns auch in Bundeszeiten noch wenigstens eben so sehr und eben so nachtheilig wie an vollkommeneren Institutionen fehlte, und die wir haben können, wenn wir und sobald wir wollen.

Wie Mancherlei für die Einleitung einer umfassenderen

Reform im jetzigen Zeitpunkte oder in der nächsten Zukunft gesagt werden kann: die weit gewichtigeren Gründe sprachen dawider.

Ein solches Unternehmen, könnte bei so viel Abgeneigtheit, so viel Mißtrauen und Furcht, solcher Stärke der Partikulartendenzen nur gar zu leicht den Frieden in Gefahr setzen, den Bund selbst in Frage stellen, woraus, wie die Sachen jetzt liegen, nur eine aussichtlose Verwirrung folgen würde. Sichtlich ist zu einem solchen Unternehmen derzeit Niemand recht vorbereitet und geschickt. Es würde, wenn angefangen, nicht zu Ende geführt werden, und während ihm, dem Besseren, der beabsichtigte Erfolg ausbliebe, nur verhindern, daß das Gute erreicht würde, das möglich oder wozu Aussicht ist. Die Reform ist im heutigen Zustande so gewiß nur stückweis zu gewinnen, als es handgreiflich schon Anstände genug haben würde, wenn man in dieser Weise rascher vorginge von einem Stücke zum andern, wie es freilich geschehen sollte, da dem Bunde auch davon Gefahr und wohl die größte Gefahr droht, wenn keine Reorganisation in ihm eintritt. Allein man würde die Grundfehler von 1848 wiederholen und ähnlich nur Alles vereiteln, wenn man in diesem Augenblicke eine umfassende Reform verlangte. Man würde nur abermals wollen oder anfangen, was man nicht kann, um nicht zu thun, was man vermag, nicht zu erreichen, was erreicht werden könnte.

Fände sich demnächst ein günstigerer Moment und der Muth und Entschluß zum Weitläufigern und Durchgreifendern, so wäre der Weg und das Ziel angezeigt. Man würde da wieder anzuknüpfen haben, wo man abgebrochen, die Sache

da, wo man sie liegen ließ, wieder aufzunehmen, die Arbeiten der Dresdner Conferenz unter Benutzung des von derselben zusammengebrachten und nach Frankfurt gewanderten Materials zu vollenden haben, das nicht bloß ironisch ein „schätzbares" zu nennen ist. Man sehe es sich aber an. Wer dieß thut, wird sich überzeugen, wenn er es noch nicht war, oder die noch deutlichere und gewissere Ueberzeugung gewinnen, daß Anregen der umfassenderen Revision, wie sie in Dresden betrieben wurde, im jetzigen Augenblick ohne Aussicht ist und sehr wahrscheinlich nur Alles verderben würde.

Möge beherzigt werden, was Herr v. d. Pfordten beim Schluß der Postconferenz sprach. „Wir haben den Weg zur deutschen Einigung beschritten, der der einzig mögliche ist und zu Erfolgen führen kann, welche auf dem in früheren Jahren beschrittenen Wege nicht erreicht werden konnten."

V. Bedenken und Einwände.

Würde aber ein entschiedenes Vorgehen auf dem Wege der Reform, sei es in der einen oder andern Weise, auch befriedigen und genügen?

Befriedigen würde es wenigstens weit mehr und weit Mehrere, als es vor einigen Jahren der Fall gewesen sein würde, wo man von so Wenigem nicht hören wollte, weil die Meinungen, Erwartungen und Bestrebungen hochfliegend und überspannt waren wie sie es nicht mehr sind, weil man sich in einem revolutionären Zustande befand und einen totalen Neubau vollbringen zu können glaubte. Man hat die Kräfte, hat, was möglich und unmöglich, was heilsam und unheilsam, besser taxiren gelernt. Jetzt würden die Meisten mit Dank und Freude zu Stande kommen sehen und dahinnehmen, was in der revolutionären Periode die Meisten für viel zu gering hielten und verschmähten.

Würde es genügen? — Es fehlt nicht an Solchen, welche dieß läugnen, die nur eine radikale Umwandelung für zureichend, die Organisation des Bundes und den Bund selbst für eine untaugliche, einer die nöthige Abhilfe bringenden

Reform nicht fähige Institution, jede bloße Reform also für fruchtlos achten.

Zuzugestehen ist, daß wohl von keiner Reform einer mangelhaften Organisation, auch nicht von der hier in Rede stehenden, absolut behauptet werden kann, daß sie die Abhilfe schaffen würde, die ihr Zweck ist. Auf der andern Seite lehrt die Staatengeschichte, daß man durch Besserung auch höchst mangelhafter Organisationen die Zwecke derselben sehr oft, ja am besten erreicht hat. Die fragliche Reform würde doch etwas sehr Wesentliches sein. Daß sie genügte, dieß würde freilich davon abhängen, ob das neue Gesetz auch in seinem Geiste vollzogen und ausgeführt, ob die gebesserte Bundesverfassung auch thätig und richtig gehandhabt und angewendet würde. Allein wenn man selbst den Staatenbund in einen Einheitsstaat umwandelte, so würde es gleichfalls von der gehörigen Vollziehung abhängen, ob die ganz neue Organisation ihren Zweck erfüllte und genügte.

Die Betrachtung der Sache von dieser Seite leitet überhaupt darauf hin, was bei diesem Allem nicht zu vergessen ist, daß im Staatsleben das Meiste auf einen guten Gebrauch der öffentlichen Institutionen, auf eine richtige politische Action der Regierenden und der Regierten, so weit sie zum Mithandeln Raum haben und berufen sind, ankommt. Die Beschaffenheit jener Institutionen ist das minder Entscheidende. Eine wohl regierte, eine politisch tüchtige Nation kann sich auch in einer mangelhaften Verfassung sehr wohl befinden und vorwärts kommen. Liegt doch auch der Schaden in Deutschland unfraglich, wenigstens eben so sehr in der Passivität oder unrichtigen Action des Centralorgans,

welche durch die Verfassung jedenfalls nicht geboten ist, als in der Bundesorganisation.

Ist dem so, dann sollte man um so weniger bei dem Bedenken stehen bleiben, ob das, was man thun könnte, auch genügen würde, dann erscheint es um so mehr der Mühe werth, daß man es, statt zu verzweifeln und die Sache liegen zu lassen, oder abermals auf Wege zu denken, die sich als verfehlt erwiesen haben und jedenfalls derzeit nicht gangbar sind, mit einer verständigen und möglichst durchgreifenden Reform einmal versuchte. Wir meinen, mit dem Vollbringen einer solchen, worauf sodann richtige Anwendung der gebesserten Verfassung folgen müßte. Daran hat es bis jetzt noch gefehlt. Also darf die Behauptung, daß jede Reform ungenügend sein würde, als unerwiesen und als von vorn herein unerweislich, bis jener Versuch fruchtlos gemacht worden, zurückgewiesen werden.

Andere sagen, es sei nicht zu reden von der Reform, weil Diejenigen, von welchen sie doch eingeleitet und vollbracht werden müßte, sie nicht wollten. Es fehlt dabei nicht, daß Oesterreich als am meisten widerstrebend genannt wird.

Allerdings haben die Regierungen von dem in Dresden eingeleiteten durchgreifenderen Reformversuche abgelassen. Die Gründe lagen jedoch großentheils in den Zeitverhältnissen; in dem Verlangen nur möglichst bald wieder in irgend einen festen Zustand zu kommen; in der Meinung, daß auch das Möglichste, was geschehen könnte, bei der vorherrschenden Stimmung nicht befriedigen, zu keinem sicheren Bestande gelangen werde; in der Besorgniß, daß eine Or-

ganisation mit Institutionen, wie der einer Volksvertretung beim Bunde, dergleichen in Aussicht genommen wurde, den noch immer lebendigen revolutionären Kräften ein Feld des Fortwirkens geben und die Revolution perpetuiren werde; bei Einzelnen in allerlei irrigen Ansichten und Voraussetzungen, z. B. der, daß Uebermacht und einfache Wiederherstellung volle Sicherheit gewähren und die Bewegung zum richtigen und definitiven Abschluß bringen würden; in dem Eigensinn und der Berechnung Derer, welche allein die Hegemonie oder die Vergrößerung Preußens im Auge hatten und lieber die Rückkehr zur alten Bundesverfassung, die allmälig gelockert und aufgelöst werden könne, so daß sie dem nächsten Stoße werden weichen müssen, als eine gebesserte und dadurch gekräftigte Bundeseinrichtung wollten; in der auf das Höchste gesteigerten Spannung, dem äußersten Mißtrauen der Parteien, der Regierungen wider einander, in den so heftig erregten Antipathien gegen Oesterreich, das man noch immer ausschließen wollte, das noch immer um seine Stellung im Bunde zu sorgen hatte.

Die Zeitverhältnisse und die Stimmungen sind nun besser für die Reform geworden, wenn auch noch nicht so gut, als man sie wünschen möchte. Die Frage ist Seitens der Regierungen vertagt, jedoch eine offen gebliebene nach ihren Erklärungen. Namentlich von Oesterreich liegt die bestimmte Kundgebung vor, daß es, werde die Revision der Verfassung von den Bundesgenossen gewünscht, sich nicht versagen werde. Es sind mancherlei Besserungen, theils von Bundes wegen, theils doch von den Bundesgliedern im Bundesbereich, zu Stande gebracht und man ist mit der-

gleichen beschäftigt. Auch Oesterreich ist betheiligt dabei, es hat sich nur bis jetzt enthalten, nochmals eine große Iniative zu ergreifen.

Was dieß betrifft, so wird es von den Freunden der nothwendigsten und besten deutschen Sache gar sehr beklagt. Für alle Bundesstaaten sind außer der allgemeinen, auch noch besondere, für die kleineren sind mancherlei starke Beweggründe, deren noch stärkere sind für Preußen, für Oesterreich sind die stärksten vorhanden, die Sache — wie Bayern unlängst that — von Neuem in Anregung zu bringen, und mehr, sie mit allem Nachdruck zu betreiben. Das wäre echte und rechte deutsche Politik Preußens, wahrhafte und beste deutsche Politik Oesterreichs. Durch sie könnte dem Bunde am meisten geholfen werden, und man fordert von den Bundesgliedern das Meiste und nennt mit Recht Diejenigen unter ihnen am meisten berufen zur Hilfe, die das größeste Vermögen und das beste Wollen besitzen. Sollte nicht Preußen, eines der vornehmsten und stärksten Bundesglieder, auf die Reform zurückkommen, für welche es mehrfach so großen Eifer gezeigt? Sollte es nicht darin auch sein eigenes beträchtliches Interesse erkennen? Und wenn nicht, warum nicht Oesterreich? Es nützte Preußen, daß unabläßig von seinem Beruf in und für Deutschland gesprochen wurde. Wie sehr viel mehr müßte Oesterreichs That, Oesterreichs Erfüllung des seinigen ihm und Deutschland nützen! Ist nicht Oesterreich das erste Bundesglied? Befindet es sich nicht in dem Zuge, nach langer Entfremdung wiederum in eine innigere Verbindung mit Deutschland zu kommen? Läßt sich diese allein auf den weiten Wegen gewinnen, die

es eingeschlagen? Stehen ihm nicht trotz dem, was es jetzt ist und thut, in Deutschland so zahlreiche und mächtige Mißverständnisse und Abneigungen, steht ihm nicht so viel Verkennung und Verdacht entgegen? Würde es nicht den raschesten und vollständigsten Sieg davon tragen, nicht in die erwünschteste Stellung gelangen, sobald es mit allem Ernst die Reorganisation auf die Bahn brächte, deren Durchführung Deutschland so sehr bedarf, als ihm selber ein politisch besser geordnetes Deutschland Bedürfniß ist? Oder wäre dieß nicht wie an einem großen Beispiele durch die Vorgänge zur Zeit des orientalischen Kriegs an das hellste Licht gestellt?

Der entgegenstehenden Bedenken und Schwierigkeiten sind allerdings nicht wenige vorhanden, und wer gerecht urtheilen will, darf sie nicht ungewürdigt lassen.

Wenn Oesterreich vorschritte zu erneuter Anregung und Einleitung der Reorganisation in der Bundesversammlung, würde ihm Preußen zur Seite gehen? Wo nicht, würden die kleineren Staaten nicht größtentheils zu Preußen halten würde Oesterreich nicht überstimmt werden?

Steht aber das Alles so fest? Und wenn es einträte, so wäre es mit Nichten wider die wahre Ehre auch des ersten Bundesmitgliedes, in solcher Sache in der Minderheit zu bleiben. Es würde das Ansehen der Mehrheit sein, welchem Verlust drohte. Es stünde in Oesterreichs Hand, immerfort auf den Antrag zurückzukommen, die entgegenstehende Mehrheit würde ihn aber nicht drei und vier Male abwerfen können. Geschähe es wiederholt, so würde sich dabei jedenfalls klar herausstellen, wer es ist, oder wer die

sind, die nicht wollen, daß Deutschland in eine bessere Verfassung gebracht werde. Schon dies würde ein nicht unbeträchtlicher Gewinn im anfänglichen Unterliegen sein. Gäbe es solche Widerstrebende, so würden sie diese Klar- und Bloßstellung nicht lange aushalten.

Ohne Zweifel, ein hundertstimmiger Chor würde singen und sagen, Oesterreich buhle um Volksgunst, suche nur seinen eigenen Nutzen, trachte nach seiner Herrschaft in Deutschland und dergleichen. Allein Oesterreich entgeht dem Verdacht und den Anschuldigungen dieser Art auch nicht und vielleicht am wenigsten, indem es mit bestimmten Reformvorschlägen zurückhält. Als es im Sommer des vorigen Jahres an dem Vorgehen Preußens in der holsteinischen Frage sich betheiligte, erhoben sich sofort die mißgönnerischen Stimmen und machten die Runde durch die Blätter: es möchte Preußen in eine Collision mit Dänemark verwickelt sehen, indem es den anderen Großstaat zu veranlassen suche, sich an den Bund zu wenden, damit die Bundesverfassung sich ungenügend zeige, wo es dann mit seinen Reformplänen hervorkommen werde! Man weiß schon, man hat für das und viel Aehnliches und ähnlich Signifikantes ein Gedächtniß. Es würde sich, und wie sehr gemehrt und verstärkt, wiederholen: ja wohl! Es würde aber nützen, indem es die Gedanken der Herzen noch heller offenbarte. Wer die Zustimmung des gediegensten Theiles der Nation findet, indem er dem Vaterlande thätliche reelle Hilfe entgegenbringt, mag sich leicht über die Anklage trösten, daß nur schlechte Popularitätssucht ihn leite. Allen dialectischen Spiegelfechtereien und allen Verdächtigungen zum Trotz wurde erkannt, daß Oesterreich auch weit unten an

der Donau deutsche Interessen vertrat, und so würde auch die Erkenntniß nicht ausbleiben, daß eine gute Bundesreform nicht bloß ein österreichisches Interesse sei. Ueble Nachrede wird bald durch wahrhaftes und starkes Rechtthun zu Schanden.

Ist nun auch etwas Wahres daran, daß bei den Regierungen oder doch bei einzelnen unter ihnen Abneigung gegen die Reform, die raschere oder umfassendere, vorhanden sei, so ist doch nicht an dem, daß sie, daß die Mehreren die letztere bestimmt nicht wollten. Vielmehr ist anzunehmen, daß sie sie wollen, nur noch nicht einmüthig und entschlossen genug, und zu hoffen, daß die eine oder andere die Initiative ergreift und daß dann die andern folgen, die etwa widerstrebenden zu folgen sich genöthigt sehen, indem sie eines Besseren sich überzeugen.

Eine andere Frage und ein anderes Bedenken ist, ob das deutsche Volk die Bundesreform wolle? Auch an seinem Zustimmen und Wollen, seinem wahrhaft energischen Wollen, seinem — wenn auch nicht unmittelbaren — Mitthun ist gar sehr gelegen. Freilich ertönt aus ihm heraus unabläßig die Forderung der Reform, die Klage über deren Ausbleiben. Allein daneben fehlt etwas, und nicht wenig — das Einverständniß, Klarheit und selbst Ehrlichkeit. Es fehlt, wie schon gesagt, die feste, starke, übereinstimmende Meinung über das Wie und Was. Man wird sagen können, daß die Meisten zwar den Bund nicht so wie er ist und vielmehr anders, aber nicht wissen, wie sie ihn haben wollen. Andere, wenn sie von seiner Reform sprechen, wollen ihn überhaupt nicht haben, Andere tragen Neuerungen im Sinn, meinen

Umwandlungen, die seine Auflösung oder Zertrümmerung voraussetzen.

Darin liegt ein anderes und wohl noch größeres Hinderniß, das als ein solches weit seltener erkannt und genannt wird, als die Reform-Abneigung in den höchsten Sphären. Die in nicht Wenigen lebendigen Gedanken, die auf totale, auf solche Aenderungen zielen, welche über der Reformation hinausliegen, treten nach wie vor hemmend und lähmend dem Reformstreben und Hinausführen entgegen.

VI. Ein vornehmstes Hinderniß der Bundesreform.

Es liegt auf der Hand, die Reform wird um so weniger in Angriff genommen, und hat um so weniger Aussicht, das Streben nach ihr ist um so lauer und unkräftiger, je Mehrere dafür halten oder sagen, alle Mühe und Anstrengung um sie werde doch fruchtlos sein. Gemeinhin hat diese Meinung oder Ausrede ihren Grund in Ungeschick oder Trägheit in den politischen Dingen. Häufig ist dabei aber auch eben das im Spiele, daß man mit Ideen und Projecten einer völligen Umwandlung, einer ganz andern Organisation oder einer Staatsbildung sich trägt, die an der Stelle des Bundes oder in einem Theile seines Gebiete zur Ausführung kommen soll. Zwischen Beidem findet eine Wechselwirkung statt. Man verzweifelt daran, daß Reform Abhilfe schaffen würde, und das führt natürlicher Weise auf Ideen einer radikalen Aenderung, die jedoch vertagt und in die Zukunft verlegt werden muß. Man hegt Pläne, oder gibt sich Träumen eines ganz neuen Baues hin, und gegenüber den Phantasiegebilden oder den Entwürfen, mi denen man umgeht, erscheint das mögliche Bessere als gar zu gering oder ganz nichtig, die Reform als unförderlich

oder gar als hinderlich. Nicht selten hat ein partikularistischer Ehrgeiz, eine separatistische Größesucht, die bei einer gebesserten Bundesverfassung ihre Rechnung nicht finden würden, deren Hoffnungen in dem Maß sinken müssen, in welchem die dermalige deutsche Verfassung ihrem Zwecke mehr entspricht und mehr befriedigt, ihren nicht unbeträchtlichen Antheil an der gedachten Ungunst eben gegen eine nicht fruchtlose, sondern fruchtverheißende Bundesreform.

Hierin liegen wesentliche, nicht zu übersehende Gründe, weßhalb bald nichts, bald zu wenig zur Letzteren geschah. Es ist der Gedanke, das Verlangen, die Leidenschaft, das offene und geheime Streben, der preußischen Dynastie, dem preußischen Stamme und Staate mit Uebermeisterung und Verkürzung des Ganzen, den Vorrang und die Herrschaft zuzuwenden, die ein vornehmstes Hinderniß der Bundesreform bisher bildeten und noch bilden. Zur Erläuterung des vom Schlusse des vorigen Abschnittes bis hierher Gesagten und insbesondere dieses Satzes, der lediglich ein öffentliches deutsches Geheimniß ausspricht, mag an folgende Momente erinnert werden.

Bis zum Jahre 1848 war in den Ständeversammlungen, der Presse und sonst sehr viel von Bundesreform als einem dringenden Bedürfniß die Rede; sie war ein Ziel der Wünsche und des Strebens. Auch die Regierungen begannen sich mit der Sache zu beschäftigen. Friedrich Wilhelm IV. traf — mag Radowitz auch den Mund zu voll genommen haben — denkwürdige, weitgreifende Einleitungen. Als 1848 die Ansichten, der Wille, die Action des Volkes eine entscheidende

Kraft, als das Volk eine Repräsentation im Frankfurter Parlamente erhielt, wurde die Idee der Bundesreform sofort verlassen, Volk und Parlament warfen sich auf Pläne einer totalen Umänderung, und die Gelegenheit und die Einleitungen der Regierungen zur bessernden Revision der Bundesverfassung wurden verdorben.

Diese wurde wieder aufgenommen von den Regierungen, der österreichischen dies Mal voran, und betrieben in der Dresdner Conferenz. Allein nicht bloß, daß in letzterer viel Widerstreben vorkam, man hatte auch im Volke keinen rechten Sinn dafür; sehr Viele lebten noch so in ihrem Haß gegen den Bund und die Bundesverfassung und in der Leidenschaft für ihre gescheiterten Projecte, eine republikanische Einheit zu errichten oder Preußen an die Spitze von wenigstens einem Theile der übrigen deutschen Staaten zu bringen, daß sie unablässig und mit äußerster Heftigkeit gegen die Wiederherstellung der Bundesverfassung und gegen Oesterreich und dessen Theilnahme an der Einrichtung, welche fortan gelten sollte, eiferten. Weit eher, als daß sie die Reform unterstützt hätten, widerstrebten sie derselben. Der Rath, insbesondere der Unionsfreunde, war der, daß lieber die ältere Verfassung ungeändert wiederhergestellt werden, daß Preußen und die kleinen der Union mit ihm geneigten Staaten der Reform derselben sich widersetzen und sie scheitern machen möchten. Sie machten die Rechnung so, daß man, wenn dies gelänge, auf das jetzt zu Grabe getragene Project der preußischen Hegemonie früher oder später um so leichter werde zurückkommen können, wogegen die Reform den wesentlichsten Bedürfnissen abhelfen, dem preußischen Vergrößerungs-

streben einen Riegel vorschieben, das Volk mit der Bundesverfassung aussöhnen, letzteres also aufhören dürfte, seine Hoffnungen auf Preußen zu setzen, und bereit zu sein, die Hand zu bieten, wenn man einst wieder mit den Plänen der preußischen Oberherrschaft würde hervortreten können. So fehlte dem Dringen zur Reform der populäre Nachdruck und umgekehrt wurde aus dem Volke heraus, namentlich durch einen bedeutenden Theil der Presse, der Widerspruch ermuthigt und unterstützt. Auch diesmal legten sich Ideen und Projecte einer den Bund ignorirenden, ja zerstörenden Umgestaltung der Reform hindernd entgegen.

Und so ist es auch noch jetzt. Zwar wird tagtäglich die Bundesversammlung mit Tadel und Vorwürfen überhäuft, bald deshalb, daß sie nicht handle, nicht thue, was geschehen sollte, bald wegen dessen was sie thut, und es pflegt dann auch das Ungenügende der gegenwärtigen Bundesorganisation und die Nothwendigkeit einer Reorganisation zur Sprache gebracht zu werden. Allein sehr oft ist dann doch keineswegs die Meinung, daß eine mögliche Reform eintreten möchte, keineswegs werden oder sollen die darauf zielenden Tendenzen unterstützt werden. Nur die Herzensgedanken werden offenbar, man hat eben wieder die gescheiterten Ideen und Projecte, der Umwandlung des Bundes in einen Einheitsstaat, der Errichtung wenigstens eines norddeutschen preußischen Kaiserthums oder einer preußischen Union — der preußischen Hegemonie in irgend einer Form — im Sinne, man kann davon nicht schweigen, man will den Gedanken daran lebendig erhalten, Propaganda dafür machen, und mit Einem Worte, die Pläne einer Umgestaltung, die

bei Festhaltung der Grundlagen des Bestehenden nicht möglich, treten aber- und abermals dem Reformstreben hemmend entgegen — ja selbst dem entgegen, daß die Bundesversammlung, soweit sie in der jetzigen Organisation könnte und nach dem Buchstaben und Geist der Bundesverfassung und Gesetze sollte, in den gemeinsamen Angelegenheiten gemeinsinnig activ sei.

Wir wollen auf ein Beispiel kommen.

VII. Aeußerungen der Berliner Nationalzeitung über Preußen als Großmacht.

Der Gedanke — nicht der preußischen Regierung, wie wir annehmen, nicht des preußischen oder gar des deutschen Volkes — der den Kreisen einer Anzahl und beziehungsweis einer Partei oder Schule preußischer und preußenthümelnder Politiker und Wortführer eignende Gedanke für Preußen die Hegemonie zu gewinnen, wird in Büchern, Flugschriften, Tagsblättern stets von Neuem auf die Bahn gebracht. Zu einem Beleg diene uns die Nummer 123 der Berliner Nationalzeitung. Der darin enthaltene Leitartikel: „Großmächte und Weltmächte" scheint sich vorzüglich zu der angekündigten Erläuterung zu eignen. Man könnte grellere, nacktere Außerungen derselben Richtung anführen. Allein die Nationalzeitung ist eins der verständigsten und unbefangensten preußischen Blätter, sie hält sich unabhängig, sie spricht aus, was Viele denken oder doch gern hören oder sich sagen lassen. Ihre Aeußerungen beweisen im vorliegenden Falle mehr als ähnliche aus dem altpreußischen oder „gothaischen" Lager. Endlich ist ihre Motivirung die bemerkenswertheste.

Der Gedankengang des in Rede stehenden Artikels ist der folgende. Vom Anfange klingt der Ton des Mißbehagens und der Klage über den Zustand Preußens Als kleinste der Großmächte, des Zweifels, ob es überhaupt eine solche in Wahrheit sei, des Verlangens, daß es werde, was es nicht ist, hindurch.

„Man spricht gewohnheitsmäßig von den fünf europäischen Großmächten so, daß man sie unterschiedslos gleichsam auf eine Linie stellt und in dieselbe Kategorie verweist, während die allerwesentlichsten Unterschiede unter ihnen bestehen und das Maß der Macht, welches sie besitzen, ein sehr verschiedenes ist. England und Rußland sind nach ihrer Macht und ihrem Macht- und Einflußgebiet, Weltmächte, die man angreifen und schwächen, aber nicht vernichten kann, Preußen und Oesterreich nur europäische Großmächte, Preußen könnte durch eine Coalition — etwa von Oesterreich, Rußland und Frankreich — leicht erdrückt werden. Es kann kaum etwas durchführen, ohne wenigstens mit einer jener Nachbarmächte verbunden zu sein. Der Bereich seines Einflusses ist ein enger, er erstreckt sich mit unbeschränkter und unbezweifelter Auctorität nicht einmal über alle Theile von Norddeutschland. Oesterreich hat im Vergleich mit Preußen schon eine stärkere und freiere Stellung; um jedoch eine vollkommen freie und unbehinderte Politik führen zu können, liegen Rußland und Preußen zu hart an seinen Grenzen. Vereinigten sie sich mit Frankreich, um gegen Oesterreich einen Vernichtungskrieg zu führen, so wäre letzteres gleicher Gefahr ausgesetzt, wie im oben erwähnten Falle Preußen. Diese Verhältnisse und nur sie

allein haben zu einem Bunde zwischen Oesterreich und Preußen, unter Zuziehung der deutschen Kleinstaaten geführt, und man muß anerkennen, daß so lange diese Einigung ernst gemeint ist, sie ausreichend ist, ihren Zweck zu erfüllen, nämlich die Existenz beider Mächte (und doch auch wohl die der kleineren deutschen Staaten, die der deutschen Nation und der germanischen Welt zwischen den Slaven und Romanen) sicher zu stellen. Frankreich steht zwischen den Welt- und den Großmächten; seine politische Position zeichnet sich durch mehrere Umstände vortheilhaft vor der von Preußen und Oesterreich aus. Eine in sich selbst bestehende Weltmacht ist auch die amerikanische Union. Das Resultat der Uebersicht ist und bleibt, daß Preußen und Oesterreich unter den genannten Staaten den im höheren politischen Sinne unfreiesten Standpunkt einnehmen und nur durch ein enges Aneinanderschließen die Gefahr aufzuheben vermögen, von der sie andern Falles bedroht werden."

Verweilen wir hier vorerst.

Das Richtigste und Zutreffendste in dieser Ausführung ist das, daß ein dringendes, ganz unabweisliches Bedürfniß, die in den Verhältnissen liegende Nothwendigkeit, zur Errichtung des Deutschen Bundes führte — ebenso wie solch' Bedürfniß und solche Nothwendigkeit ursprünglich die deutschen Stämme zur Einigung im Kaiserreich brachte, sie zusammenhielt und immer wieder zusammenbrachte, trotz ihrer Neigung zu individueller Selbstständigkeit und Sonderung, ihrer Abneigung oder ihrem Ungeschick, sich unter einander zu vertragen und einem gemeinsamen Gesetz und einer gemeinsamen starken Obergewalt sich zu unterwerfen, trotz all

den Angriffen, Tendenzen und Kräften, die im Innern und von Außen auf ihre Trennung und die Zertheilung Deutschlands hinwirkten, trotz dem, daß es hierzu auch vorübergehend kam.

Doch wenn dem nun so ist, wenn die Vereinigung so werthvoll und nothwendig, wenn in dem Bedürfniß und der Nothwendigkeit ein so starkes Band und eine feste Grundlage der Vereinigung vorhanden, wenn nur in ihr Heil für die deutschen Staaten, wenn diese für sich allein Weltmächte in ganz freier Stellung nicht sind und sein können, wenn man doch aber eine solche Stellung wünscht — was folgt dann für den einfachen Menschenverstand? Ohne Frage, daß man den Bund auf das Ernstlichste und Ehrlichste meinen und halten, zu einer Macht ersten Ranges, zu der Collectivmacht, wovon Graf Buol in dem Erlaß an den österreichischen Gesandten in Berlin vom 8. Januar so bedeutungsvoll sprach, zu erheben, daß Oesterreich und Preußen ihr Absehen dahin richten sollten, wenigstens Theilnehmer, erste Glieder einer solchen Macht zu sein und als solche den Weltmächten gleich zu stehen. Und wenn Preußen, der schwächste Großstaat, noch unfreier als Oesterreich, folgt nicht eben so gewiß weiter, daß Preußen ein noch größeres Interesse als Oesterreich hat, dahin zu trachten? Auch im deutschen, mit Deutschland es wohlmeinenden Patriotismus liegt ein Antrieb, ein so starker Antrieb, dahin zu trachten. Dahin zu trachten, ist Pflicht der Bundesgenossen, erfließend aus den sie verbindenden Grundgesetzen, aus der Absicht des Bundes. Das Ziel liegt nahe, denn der Bund braucht nur ernst gemeint und in rechten Treuen gehalten zu werden,

um mit seinen siebenzig Millionen und solcher Fülle materieller und geistiger Kräfte Großmacht im erwünschtesten Maße zu werden. Der Weg zum Ziele liegt offen da und ist angezeigt durch die Lage, durch Nothwendigkeit, wie durch den Zweck und das Gesetz des Bundes.

Allein gerade da, wo der Gedankengang dieser preußischen Politiker auf der richtigen Spur sich befindet, irrt er weit ab; sie folgen den Vorspiegelungen einer unglücklichen Großwerde- und Selbstsucht, verführt von diesen Irrlichtern, die den Blick für das, was dem Ganzen frommt und gebührt, ja selbst für das eigene wahre Interesse trüben und — in den Sumpf leiten. Die preußische Stimme kommt von ihren Vordersätzen auf einen ganz anderen Schluß.

„Um nun, fährt sie fort, von einander unabhängig zu werden und der Nothwendigkeit zu entgehen, die sie — die beiden deutschen Großstaaten — auf einander anweist, bieten sich, wie es scheinen will, im Augenblick für Oesterreich offenere Bahnen, als für Preußen. Letzteres könnte dieses Ziel nur durch geschickte Benutzung eines großen europäischen Kampfes erreichen, in welchem es seine ganze nationale Waffenmacht als Einsatz für den ungeheuern Gewinn einer unbeengte Entschließungen gestattenden Weltgröße brächte. Eine solche Gelegenheit war sicherlich die, welche das beginnende Jahr 1854 eröffnete. In jenem Moment war allem Anschein nach die Möglichkeit gegeben, die Monarchie nach Osten auszurunden, ihr dort eine gesicherte Grenze zu verschaffen, und der in den Marken, in Schlesien, Sachsen und am Rheine anschwellenden Bevölkerung ein Gebiet zu gewinnen, in welchem ihre überschüssigen Massen ausreichenden Raum

und eine nationale Aufgabe vorgefunden hätten. Die Art, wie man die Monarchie seit dem Jahre 1815, dem ihrer Wiederaufrichtung, zu stärken gesucht hat, nämlich durch vortreffliche, militärische Institutionen, durch den Ausbau eines im ausgedehntesten Sinne entworfenen Landesbefestigungs-Systems und durch eine in vielen Beziehungen musterhafte Verwaltung, verdient ohne Frage alle Anerkennung, aber nichtsdestoweniger muß man sich das schmerzliche Bekenntniß machen, daß diese Anstrengungen nicht den ganzen Zweck erfüllen, daß Preußen mit ihnen und durch sie dennoch nicht im Stande ist, mit den beiden Großstaaten an seinen äußersten Grenzen, Rußland und Frankreich, gleichen Schritt zu halten, und daß sein Name einer Hauptmacht schon jetzt nicht mehr in jeder Beziehung die nöthige Geltung besitzt und bei in gleicher Weise sich fortsetzender Entwicklung der Dinge in Zukunft sie noch weniger besitzen würde. Wären die Entwürfe der Jahre 1848 und 49 zur Durchführung gekommmen, so wäre das Eine gewiß gewesen, daß unsere politische Zukunft und derzeitige Lage eine um Vieles beruhigendere wäre; Preußen würde einen andern Rang und unsere Nation unter den Völkern Europa's im Allgemeinen eine unvergleichbar höhere politische Stellung einnehmen; ja man kann sagen, daß ein Haupttheil des Ansehens, welches Preußen noch heute genießt, von der Inbetrachtnahme der Möglichkeit herrührt, daß es auf jene stolzen und eine mächtige Zukunft bergenden Pläne zurückkommen und sie endlich dennoch zur Ausführung bringen könne."

Man sieht, in dem Ideenkreise des preußischen Politi-

kers fehlt der Gedanke, daß etwas Großes aus dem Bunde werden könnte und gemacht werden sollte, und wäre es nur um Preußens selbst Willen oder weil die Nothwendigkeit dahin weist, ganz und gar. Die Begier, daß Preußen für sich allein etwas werde, was zu sein es in sich selbst die Mittel nicht hat, für sich allein als Großmacht oder gar Weltmacht dastehe, die, nicht der Verbindung mit Oesterreich, mit Gesammt-Deutschland bedürfend, ihren eigenen besonderen Bahnen frei folge — diese Begier dominirt bei ihm. Kaum daß er anerkennt, daß Preußen und Oesterreich nach den vorhandenen Verhältnissen sich nothwendig eng an einander anschließen müßten, läßt er sogleich ersehen, daß die erkannte Nothwendigkeit ihm eine widerwärtige und nur bittere ist; und nicht, daß er daran dächte, sich in sie zu schicken, er denkt nur darauf, wie sein Preußen und wie Oesterreich ihr entgehen, unabhängig von einander werden, sich von einander trennen, den Bund aufgeben könnten: eine Anschauung und Gesinnung, die nicht eben die stärkste Bürgschaft ist, daß derselbe ernstlich gemeint werde. So sehr verblendet ihn die Leidenschaft des preußischen Separatismus und die gedachte Begier, daß er das auf der Hand Liegende nicht einsieht, daß Preußen auch in dem Falle, daß es 1854 nach Osten sich ausgerundet hätte, zu der beschriebenen Weltgröße doch immer und beiweitem noch nicht gelangt sein würde. Daß es nur ein Traum gewesen, Preußen sei eine den andern gleichstehende Großmacht, daß Preußen nicht auf eigener Macht allein stehen könne, sondern der Ergänzung, der Stütze, des Bundes bedürfe — dieß drängt sich so gewaltig ihm auf, daß er dem preußischen Stolze

Gewalt anthut und das schmerzliche Bekenntniß ausspricht, daß Preußens Name einer Hauptmacht die entsprechende Geltung nicht besitze und noch weniger besitzen werde, wenn die Dinge in ihrem dermaligen Entwicklungsgange blieben. Dennoch aber kommt ihm auch bei dieser Betrachtung nicht der Gedanke an ein Deutschland, als eine Collectivmacht, worin Preußen, freilich nicht allein, worin es allerdings mit allen Theilnehmern des Bundes, worin es doch aber sammt ihnen allen die ersehnte Weltbedeutung finden würde; die Betrachtung veranlaßt ihn nur zu einem schwächlichen Rückblick auf gescheiterte Entwürfe; nur dazu, daß er noch einmal Träume träumt, die sich als Schäume erwiesen haben; zu einer Erinnerung, welche doch eher sorgfältig in Vergessenheit gebracht werden sollte, der Erinnerung an die Aggressionen, wozu die unverständigsten Freunde Preußens verleiteten und von deren Folgen Preußen zu erlösen, der Regierung so unsägliche Noth machte: Aggressionen, denen die Bedingungen des Gelingens fehlten und die so gänzlich zurückgewiesen wurden, Deutschland nur Mehrung der Verwirrung und des Haders, Preußen viel Verdruß und keinerlei Gewinn einbrachten. So sehr verblendet ihn die Begier, nur Preußen größer zu sehen, daß er nicht einsieht, auch jetzt noch nicht einsieht, daß ein preußisches Kaiserthum, das jedenfalls ohne Oesterreich gewesen wäre, ein preußischer Unionsstaat mit einem Theile der kleinen Staaten oder eine preußische Vergrößerung durch Viele oder Wenige, wenn zu Stande gebracht, ephemere, unhaltbare Schöpfungen gewesen sein würden, und da sie Deutschland zerrissen hätten, nicht Preußen und noch viel weniger der deutschen Nation eine

höhere politische Stellung hätten geben können. Und wenn er endlich sagt, ein Haupttheil des Ansehens, welches Preußen noch heut genieße, beruhe auf der Inbetrachtnahme der Möglichkeit, daß es doch noch einmal auf jene mißlungenen Pläne, in Deutschland sich zu vergrößern, zurückkommen und sie ausführen könnte, so weiß man in der That nicht, ob man lachen oder dem Unwillen Raum geben soll, der durch eine derartige Aeußerung erweckt werden muß.

Oder wie? Enthält sie nicht eine kuriose, eine wahrhaft lächerliche Bravade? Enthält sie nicht eine Drohung mit neuen Aggressionen, eine Drohung mit Eingriffen in den Besitzstand der Bundesgenossen, in das Recht, den Frieden; eine Drohung mit Gewaltübung, mit Revolution; eine Drohung gegen denselben Bund, der so eben erst für eine Nothwendigkeit erklärt ist; eine Verläugnung des Grundsatzes, daß er ernstlich und ehrlich zu meinen und zu halten sei? Und wie schwach endlich, in die Welt hinein zu sagen, ein Hauptttheil des Ansehens, das Preußen noch genieße, beruhe auf dem Gedanken, daß es möglicherweise einmal etwas werden, einmal etwas thun könnte, etwas noch einmal und dann mit Erfolg versuchen könnte, das ihm so schlecht gelungen ist und worauf es — das officielle Preußen — feierlichst verzichtet hat! Heißt das nicht, sein Ansehen als Hauptmacht so gut wie verloren geben, an einen Strohhalm hängen; heißt es nicht, ihm das traurigste Armuthszeugniß ausstellen? Das Ansehen Preußens als Hauptmacht ruht auf der Meinung, es könnte einmal wieder deutsche Politik treiben wie 1849! Etwa wie Sardiniens Ansehen als Hauptmacht hauptsächlich darauf beruht, daß man ihm

zutraut, es warte nur auf eine Gelegenheit, unterhalte die Spannung und nähre die revolutionären Gelüste, werde beim nächsten Anlaß abermals versuchen, womit es bei Novara heimgeschickt wurde, beim nächsten Anlaß abermals die Fahne des Aufruhrs und Kriegs erheben, um diesmal zu werden, was es nicht ist, um zu erobern, was ihm nicht gebührt und wonach brennendes Verlangen ihm keine Ruhe läßt? Sardinien ist schon Italiens Preußen, und schon ist Preußen, wahrlich nicht zu seinem Ruhme, das Sardinien Deutschlands flüsternd genannt. Das kommt davon! Das ist die Schuld dieser preußischen Rhetoren.

Die Aeußerung beweist noch einmal recht schlagend, wie sehr bei ihnen separatistische Gesinnung, Ehrgeiz und Großmannsucht dominiren, wie sehr dadurch ihr Gefühl für das Recht und für die Ansprüche der Gesammtheit abgestumpft, ihr Blick für das wahre Ansehen und die wahren Interessen des eigenen besonderen Staates getrübt, ihr sonst hochgebildeter feiner Verstand irre geleitet wird, in welch unbegreifliche Irrungen sie, beherrscht davon, sich verlieren.

Es steht unter allen Umständen nicht glänzend um das Ansehen eines Staates, wenn es zu einem Haupttheile darauf gründet, daß er möglicherweise noch etwas werden könnte, was er nicht ist, ein Unternehmen durchführen könnte, woran er sich vergebens versucht und das ihm nur Niederlagen und Demüthigungen gebracht hat. Zuzugestehen ist allerdings, daß es sein Ansehen erhöhen kann, wenn er bedeutende, bestimmte, wohl begründete Erwartungen erregt, z. B. durch Fülle von Kräften und Mitteln, durch Aufschwung vor Andern, durch Erweisung eines klugen, kühnen und

festen Wollens in dem was er will, wie dies derzeit der Fall ist — bei Oesterreich. Auch das ist noch zuzugestehen, daß es einem Staate ein gewisses, doch nur zweideutiges Ansehen geben kann, wenn man ihn kräftig genug sieht, die Ruhe zu stören, den Fortschritt, das mögliche Gute in den gegebenen Verhältnissen um sich her zu hemmen, in unglücklichen Constellationen, in allgemeinen Calamitäten die Verwirrung beträchtlich zu vermehren, und wenn man ihm zutraut, daß er darauf ausgeht, wie es bei Sardinien der Fall ist, aber doch wohl nicht der Fall sein soll bei Preußen. Was ist die Meinung der Herren? Suchen sie diese Gloriole für ihr Preußen, ist das ihr Gedanke, daß Preußens Ansehen als Hauptmacht zu einem Hauptheile auf einem derartigen Ansehen beruhe? Es wäre schlimm genug für sie und sie würden Preußen wahrlich gute Dienste nicht leisten, zumal da mit einem Ansehen dieser Art, wie viel oder wenig es bedeute, der abmindernde Unzuverlässigkeitsruf verknüpft ist. Aber was können ihre Aussagen sonst bedeuten? Wenn sie es meinen wie die Worte lauten — träumen sie, statt mit offenen Augen die wirklichen Dinge, die vergangenen und gegenwärtigen zu überblicken? Kennen sie die Bedingungen, die Schwierigkeiten, die so viel größer gewordenen Schwierigkeiten des Unternehmens so wenig, das sie in Aussicht stellen?

Den Tendenzen zur Hegemonie Preußens kamen 1848 und 1849 wesentlich bedingend Momente zu Hilfe, die vorübergegangen, Gelegenheiten, die entschlüpft sind. Oesterreich lag zu Boden und jetzt ist es wieder erstarkt, stärker geworden als je; es war Deutschland fremd geworden und jetzt befindet es sich auf dem Wege, sich ihm zu nähern wie noch

nie. Spekulirt man darauf, daß abermals revolutionäre Stürme hereinbrechen, Oesterreich abermals in Unglück gerathe, abermals in den vorigen Zustand verfalle? Die Zeichen deuten darauf eben nicht. In dem Zeitraume vor 1848 waren die Gemüther darauf hingelenkt, die Hoffnungen, übertriebenste fehlsamste Hoffnungen für die Wiedergeburt Deutschlands auf Preußen zu setzen, und da nun die Sehnsucht hiernach so groß war, da Oesterreich genug und übergenug mit sich selber zu schaffen hatte und selbst zur Einsprache zu ohnmächtig geworden zu sein schien, so merkten oder achteten es sehr Viele nicht, als sich zeigte, daß es Preußens Wille nicht war, in Deutschland „aufzugehen", als der Einheit des Ganzen die Einheit eines Theils von Deutschland mit Anwendung aller, nun aber verbrauchter Agitations- und Irreleitungsmittel untergeschoben, Kleindeutschland unter Preußen für deutsche Einheit ausgegeben wurde. Oder man ließ sich dieses Kleindeutschland als das kleinere der Uebel gefallen, zwischen denen man wählen zu müssen glaubte. Entgeht es den Herren so ganz, daß es mit dem Allen so völlig anders geworden, seitdem Preußen jene Hoffnungen nicht erfüllt, seitdem es abgewiesen hat, was man nach irrigen Voraussetzungen ihm zumuthete, ihm aufzubringen trachtete, seitdem aus Preußen selbst, ja aus dem Munde Derer, welche dahin noch immer zielen und von großen Dingen verkünden, womit Preußen schwanger gehe, Klagen über Klagen ertönen und worin ein Geständniß über dem andern verlautet, daß es der Staat, die Macht nicht sei, wofür man es so lange gehalten?

Mit Einem Worte, es ist etwas Vorübergegangenes, daß

man in weiteren Kreisen von ihm glaubte, es werde auf die Politik, deren Ausgang seine Hegemonie in Deutschland, noch zurückkommen und sie durchführen, wo denn ein beträchtlicher Theil seines Ansehens auf der Inbetrachtnahme dieser Eventualität beruhen mochte. Es ist davon nichts zurrückgeblieben, als daß Manche hier und da vermeinen, Preußen dürfte über Kurz oder Lang allerdings die Anläufe von 1848 und 1849 erneuern, werde die damaligen Entwürfe jedoch eben so wenig verwirklichen, werde eben so damit scheitern, wie zu jener Zeit. Sie werden darauf hingeleitet durch die unvorsichtigen immer wiederkehrenden Aeusserungen der preußischen und borussomanen Politiker, die aus den vorhinnigen Ideen und Tendenzen nicht heraus können und in dem Wahne leben, die Richtung und Beschaffenheit der Meinungen sei noch dieselbe, die sie war, als die Sympathieen für Preußen im Zenith, die Hoffnungen auf Preußen in der Blüthe standen. Es ist gleichfalls eine arge Irrung, worin diese Politiker sich befinden, indem sie Preußen durch ihre Beflissenheit in der Meinung zu erhöhen glauben. Es bricht vielmehr dem Ansehen Preußens ab, es verringert das ihm gebührende Ansehen, ein Haupttheil der ungünstigen, der verkennenden Meinung über Preußen, die zu seinem Nachtheile gereicht, beruht darauf, daß man da und dort die Möglichkeit in Betracht zieht, es werde früher oder später von Velleitäten auf unglückliche Versuche wie die von 1848 und 1849 zurückkommen. Man erblickt in den Gelüsten, welche in ihm — durch die Stimmen jener unvorsichtigen Wortführer — immer und immer sich wieder kund thun, ein Symptom, daß es sich schwach fühle, Zeichen eines mit dem Schwächefühl zusammenhängenden unruhigen

Ehrgeizes, der den Besitzstand der Bundesgenossen, das Recht, den Frieden im Bunde, dessen Existenz bedrohe, Preußen zu einem unzuverläßigen Bundesgenossen mache, zu dem Mitgliede des Bundes, der diesen nicht ernstlich meine, auf eine Gelegenheit laure, aus seinen Trümmen sich zu vergrößern und deshalb ihn nicht zu Action und Reform, zu Ansehen und Kräften gelangen lasse, und mit Auswärtigen buhle, um nach den Umständen von ihnen für seine besonderen Zwecke sich helfen zu lassen und daher auch in den großen Fragen oder Krisen schwankende Politik treibe und Deutschland nicht zur Seite stehe, sondern dessen Interessen, wie seine eigenen zu wahren verabsäume.

Wahrlich, nicht Ansehen, sondern Verdacht, Abneigung, Geringschätzung entspringt daraus für Preußen, wenn den Politikern dieses Sinnes so viel gelingt — und mehr gelingt ihnen nicht — die Meinung zu verbreiten, Preußen werde die Gelegenheit wahrnehmen, auf die Tendenzen von 1849 zurückkommen, ohne freilich im Stande zu sein, sie hinauszuführen. Und es kann nur das daraus resultiren, daß bei den deutschen Staaten, daß insbesondere bei Oesterreich, das unselige, den Bund, Deutschland als Collectivmacht schwach erhaltende, das den Grundschaden des deutschen Gemeinwesens bildende, die Erfüllung wie die Besserung des vorhandenen Verfassungsgesetzes verbreitende Mißtrauen unterhalten wird, und daß die Auswärtigen Preußen für einen Staat achten, der sich nach Umständen für ihre Zwecke gebrauchen lasse, daß sie Preußen zutrauen, es dürfte sich wieder einmal wie von 1795 bis 1807 benehmen, daß sie darauf Berechnungen zur Schmach und zum Verderben Deutschlands und Preußens selber bauen, daß sie den deutschen

Bund nicht respectiren, weil sie meinen, daß er namentlich von Preußen nicht ernstlich gemeint und schon deshalb schwach sei. Als unlängst eine französisch-russische Allianz in Rede war, wurde, wie selbstverständlich, auf Preußen als den Dritten in diesem Bunde gerechnet. In Sachen, wie der Holsteinischen, muß Deutschland gefaßt auf einen Krieg gegen Europa sein, und wie sehr wird diese seine Lage durch die Inbetrachtnahme der Möglichkeit erschwert, daß Preußen die Gelegenheit wahrnehmen könnte, auf die Pläne seiner Vergrößerung, seines Vortheils zurückzukommen, auch so, daß es seine Interessen, die deutschen Bundesgenossen verlassend, oder gar sich gegen sie wendend verfolgte. Zu einer solchen Politik riethen einflußreiche Berliner Organe noch im Anfange der orientalischen Krisis ganz ungescheut.

Während so diese preußischen und wahrhaftig nicht preußenfreundlichen, und wenn dies der Gesinnung nach, doch nicht preußennützlichen Politiker in Träumen und Projecten der Zukunft, einer glänzenden Zukunft ihres besonderen Staates sich wiegen, statt Deutschland zu gönnen, eine gebietende Collectivmacht zu werden, participirt ihr Preußen an der Schwäche Deutschlands in seinem jetzigen Zustande und verlängert ihn. Denn wie soll es aus ihm herauskommen, was ist für eine Reorganisation des Bundes zu hoffen, wenn man in Preußen und in Kreisen schädlicher Freunde Preußens, ihr so abgewendet, solchen Gedanken nachhängt! In dem Maß zum wenigsten als dieß geschieht, kann es zu praktischen Verbesserungen nicht kommen. Es ist eins der größesten Hindernisse der Reform, wenn nicht das größeste von Allen.

VIII. Aeußerungen der Berliner Nationalzeitung über die „Hauptmission" Preußens.

Die Sache läßt sich noch übler an, indem die mehrgedachten Politiker, sogar — wovon ein falsches Streben ganz untrennbar — den Beruf, die Mission Preußens darin erkennen wollen, daß es später oder früher seine hegemonischen Tendenzen erneuern. Dem in der Nummer 123 der Berliner Nationalzeitung plaidirenden ist das Ziel derselben Preußens „Hauptmission".

Nachdem er seinen verwunderlichen Satz ausgesprochen, daß ein Haupttheil des Ansehens Preußens als Großmacht auf der Inbetrachtnahme der Möglichkeit beruhe, 'daß es auf die Pläne von 1848 und 1849 noch eiumal zurückkommen und sie verwirklichen könnte, sagt er zum Schluß, mit einem unfreiwilligen Compliment für den anderen Großstaat einleitend:

„Dieses Vortheils (?) und Vertrauens (!) entbehrt Oesterreich, obwohl wir oben von ihm bemerkten, es sei in Hinsicht auf die zu einer sich abrundenden und selbstständig machenden Größe hinleitende Bahn besser situirt wie Preußen. Insofern gleichen sich beider Aussichten unter einander aus

und können als von ziemlich gleich gewogener Bedeutung aufgefaßt werden. In gewisser Hinsicht stellt die österreichische Monarchie die nach außen gewendete Seite der deutschen Nation und Preußen im Gegensatz dazu, die innere dar. Was alle großen Funktionen Oesterreichs in Anspruch nimmt, das ist ein Amalgamirungs- und Assimilisations-Prozeß, den es zwischen einheimischen und fremden Elementen durchzuführen hat. Es ist einer großen Maschinerie zu vergleichen, welche die störrigen Bruchstücke östlicher Nationalitäten zermalmen und nach und nach Deutschland einverleiben wird. Daß auch ein räumliches Vorschreiten davon unzertrennbar ist, scheint von selbst einzuleuchten. Ganz anders Preußen, welches in der Einigung der Welt von kleinen Staaten deutschen Stammes seine Hauptmission zu erkennen hat. Ihm ist die idealere Hälfte des deutschen Berufs zugefallen, wenn Oesterreich die materielle sein eigen nennt. In mancher Beziehung mag man in diesem Gegensatz einen Anklang zwischen dem aus den verschiedenen Interessen des Nordens und Südens der amerikanischen Union entspringenden finden. Auch ist beiden, den Amerikanern wie den Deutschen, der Gedanke gemeinsam, daß schließlich über allem Zwiespalt dennoch die Einheit als Höchstes und Letztes aufrecht steht. Aber sie haben sie und uns schwebt sie nur als ein Ungewisses und vielleicht Trügerisches von ferne vor.

„So aber möchten wir die augenblickliche politische Weltlage auffassen, daß in der ersten Reihe der Staaten heute die drei Weltmächte England, Rußland und die amerikanische Union stehen; daß Frankreich eine Art Mittelwesen ist, zwischen einer bloßen Großmacht und einer Weltmacht, mit

dem lebhaften Bestreben, zur letzteren sich aufzuschwingen; daß endlich Oesterreich und Preußen für die heute eingenommene Stellung erst durch weitere Ereignisse eine sichere Grundlage gewinnen können im Augenblick aber auf ein enges Aneinanderschließen angewiesen sind, dem durch eine Nahestellung an England außerdem die besten Aussichten sich eröffnen würden."

Oesterreich hätte also mit sich selbst, mit nichtdeutschen Ländern und Leuten so viel zu schaffen, daß es außer Stande und auch nicht berufen wäre, zur bessern Einigung der deutschen Staaten mitzuwirken, das will sagen, in einem so wichtigen, wenn nicht dem allerwichtigsten Punkte, seiner Pflicht und Stellung als Mitglied des Bundes, obschon dessen erstes Mitglied, nachzukommen!

Und wie? Es wäre seine Absicht oder sein Beruf, die östlichen Nationalitäten seines Staatsverbandes zu „zermalmen?" Ist nicht seine ganze Handlungsweise Beweis vom Gegentheile? Ja, es will sie wohleingefügt erhalten in der Einheit des Kaiserstaats — aber zermalmen, während es ihnen eine so sorgsame Pflege angedeihen läßt, und zermalmt Deutschland „einverleiben?" War das sein Beruf, hätte man ihm dann nicht vielmehr die Hand reichen statt widerstreben sollen, als es die Aufnahme seiner Gesammtheit in den deutschen Bund zu bewirken suchte? Uns däucht, die übergreifende Tendenz, das Vergrößerungsgelüst, die Meinung „räumlich vorschreiten" zu müssen, wäre bei Oesterreich, wo sie gefunden werden will, klärlich eben nicht zu suchen. Wenn alle seine großen Functionen so völlig von seiner Sorge um sich selbst und seine

fremden Elemente in Anspruch genommen sind, wie kommt es, daß Oesterreich bei den deutschen Sachen nach Außen und im Innern, an der Unterelbe, in Frankfurt, in Nürnberg, sich mitbetheiligt, und nicht weniger betheiligt, als Preußen? Wir sehen es in alle dem, was auf bessere Einigung des Ganzen zielt, z. B. in Münz- und Zoll- und Handelssachen thätig, ja in der letztgenannten thätiger und eifriger als Preußen. Wo steht das geschrieben, worauf soll es sich gründen, wo liefert Preußen den Beweis durch Thaten und Leistungen — denn die von 1848 und 1849 werden doch nicht dahin gezählt werden wollen — daß ihm die idealere Seite des deutschen Berufs zugefallen, daß die Einigung der Welt der kleineren Staaten — sofern darunter keine Auflösung und Trennung des Ganzen, keine Sonderbündelei zu verstehen ist — vorzugsweise seine Mission sei? Ist aber Sonderbündelei und Zerreißung damit gemeint, wo bleibt das Ideale, da sie das Gegentheil von diesem sind? Nicht blos die Einigung in Zoll und Handel ist Oesterreichs eifrigeres Bestreben, sondern auf allen, auch den nichtmateriellen Gebieten suchte es Annäherung; Oesterreich zeigte in diesen letzten Zeiträumen das mehrere Verständniß des idealeren Ziels und das mehrere Bemühen um das idealere Ziel, die sämmtlichen deutschen Staaten in großen nationalen Interessen zu einigen und ihren Bund zu einer wahrhaften Collectivmacht zu erheben. Wie viel weniger Preußen geneigt war, in gemeinsamen großen und geringeren Sachen die Gesammtheit und deren Organ zu Thätigkeit und Geltung zu bringen war ersichtlich aus vielfachen Zeichen. — nennen wir beispielshalber seine Politik im letzten Kriege,

sein Verhalten in der berufenen Durchmarschangelegenheit, die Aeußerungen seiner officiösen Organe bei der Wahl des Ortes der Handelsgesetzbuchs-Conferenzen. Auch von Preußen muß in Abrede genommen werden, daß es für seine Stellung erst durch weitere Ereignisse eine sichere Grundlage gewinnen könne. Wird in Berlin das Gegentheil gesagt, und mag man diesen preußischen Stimmen ihr Urtheil und dessen Vertretung ohne Streit überlassen, so wird es doch aber in Wien und ganz Oesterreich Niemandem beikommen, die Beziehung der wunderlichen Behauptung auf den Kaiserstaat sich gefallen zu lassen.

Allein es handelt sich um den Kern des dialectischen Gewebes von bodenlosen Behauptungen, Unklarheiten, Zweideutigkeiten und Widersprüchen. Wie kunstvoll er verhüllt werden soll, scheint er doch überall, deutlich genug zu erkennen, durch. Er liegt in dem schon so oft Dagewesenen und auch hier Wiederkehrenden, daß Oesterreich mit zierlichen Phrasen hinauskomplimentirt und Preußen präconisirt wird als der deutsche Staat, dessen „Hauptmission" darin besteht, daß er die kleineren nach dem Droysen'schen Ausdruck sich „angliedere," oder aber, daß er entweder einen politischen Zollverein im Bunde, oder einen preußisch-nord- oder nord- und mittel-deutschen Staat mit unmittelbarer Sprengung des Bundes errichte.

Ein Hauptgrund, daß sich in Deutschland das Kaiserthum nicht befestigte, nicht erblich, nie stark genug wurde und deßhalb sammt dem Reiche verfiel und zu Grunde ging, lag in der heftigen, das Gemeinbeste unterordnenden, zerrüttende Kämpfe und Spaltungen erzeugenden Leidenschaft einzelner

Stämme, ihrem Stamme die Herrschaft, ihrem Fürstengeschlechte die Krone zuzuwenden. Derselbe Fluch ruht auf der, nach der Auflösung der Vereinigung im Reiche errichteten Wiedervereinigung im dermaligen föderativen Gesammtverbande. Derselbe Grund ist eins der großen Hindernisse, daß auch der nach dem Reich gekommene Bund nicht zur Bethätigung, zu Ansehen und Kräften, daß die Bundesverfassung nicht zur Ausbildung gelangt, die Bundesreform ausbleibt. Die fortgehende Wühlerei für die angebliche Mission oder Hauptmission Preußens ist nichts als in neuer Form jene alte deutsche Leidenschaft und Unart. Es gehört zur Tactik der Wühler — ob sie auch jeweilig von Bundesreform und deren Nothwendigkeit sprechen, auf die Reform zu dringen sich anstellen oder bitterlich darüber klagen, daß es nicht dazu komme — der Art über den Mangel an Einheit im Bunde und über das Bedürfniß der letztern sich zu äußern, daß einerseits das Verlangen und der Drang nach der Einheit unterhalten werden und zugleich die geringschätzigste Meinung vom Bunde und der Bundesverfassung und ihrer Leistungsfähigkeit, die Meinung entstehen oder gehegt und fortgepflanzt werden soll, als sei im Bunde und der Bundesverfassung das Nothwendige und Ersehnte, die Einheit und keinerlei Einheit weder vorhanden noch möglich. Folgt dann das Corollar: daß die „Welt von kleinen Staaten deutschen Stammes" unter den Fittigen des preußischen Adlers sich zu sammeln, Preußen die Mission ihrer Einigung habe. Daß dies eben so viel ist als Auflösung statt Reform des Bundes, wird natürlich verschwiegen.

Die Erneuerung der alten Unart ist von derselben ehe

vorigen Rücksichtslosigkeit gegen die Gesammtheit und das Gemeinbeste begleitet. Daß die deutschen Großstaaten mindestens im Augenblick auf ein enges Aneinanderschließen angewiesen sind, wird anerkannt, aber ihre Eintracht, das Vertrauen unter ihnen wird gestört und der Verdacht und die Spannung wird unterhalten, indem man die Nothwendigkeit jenes Aneinanderschließens lediglich auf den Moment und damit auf Schrauben stellt; indem man Unmuth darüber wie über etwas Widerwärtiges und Aufgedrungenes kund gibt; indem man Zeitumstände in Aussicht nimmt, wo Preußen auf Pläne zurückkommen werde, die Oesterreich an das Leben gehen, wo der eine Großstaat wiederholen werde, was den andern in Harnisch und ganz Deutschland wider einander brachte und stets bringen würde; indem man für Preußens exclusiven Beruf erklärt, was Oesterreich nicht minder eignet, als Preußens Hauptmission das bezeichnet, daß es die kleineren Staaten unter seiner Hegemonie einige, was Oesterreich und Deutschland nicht will und nicht dulden kann.

Weist man Oesterreich nach Osten oder auf sich selbst zurück, nimmt man für Preußen in Anspruch, daß es die kleineren deutschen Staaten unter seiner Führung oder Obergewalt einige, behandelt man die Einheit als ein ungewiß und vielleicht trügerisch von ferne Vorschwebendes, verläugnet man die im Bunde vorhandene, schneidet man das Hoffen auf ihre Befestigung und Ausbildung, das Streben danach durch die Bestimmungen ab, die man den vornehmsten deutschen Staaten zutheilt, fordert man ein enges Aneinanderschließen der letztern nur für den Augenblick, will man es

nur gelten lassen für den Augenblick, bis die deutschen Großstaaten für ihre Sonderstellungen noch weitere sichere Grundlagen gewonnen haben, die man von „Ereignissen" erwartet: dann und dadurch macht man die allerdings mangelhafte Einheit, die vorhanden, erst recht ungewiß und trügerisch, dann ist es aber sichtlich auch nur Redensart, wenn man davon spricht, daß es Oesterreichs Beruf sei, östliche Nationalitäten Deutschland einzuverleiben, denn man will kein Deutschland, sondern ein Großpreußen, oder davon, daß den Deutschen über allem Zwiespalt dennoch die Einheit, die man auflösen will, als Höchstes und Letztes aufrecht stehe. Wäre es aber hiermit ehrlich gemeint, dann wäre um so mehr alles Andere falsch, was von den Stellungen und Missionen Oesterreichs und Preußens gesagt ist.

IX. Anmerkungen zum Schluß.

Die Buudesreform ist eine so große, so dringliche Angelegenheit. Es wird und kann zur Reform nicht kommen ohne ein inniges und bleibendes Aneinanderschließen der deutschen Großstaaten, das auf beiderseitiger Freiheit von selbstsüchtigen Gedanken und Hintergedanken auf gegenseitigem Vertrauen beruhen muß. Zu den Bedingungen der Reform gehört auch der bestimmte und energische Wille im deutschen Volke, sie haben zu wollen. Er setzt eine klare und einmüthige, eine wahre öffentliche Meinung darüber, voraus, wie sie noch immer nicht vorhanden. Also ist an Verständigung gelegen, also gilt es, die unglücklichen Anschauungen und Strebungen zu beseitigen, die jenes Vertrauen und Aneinanderschließen untergraben und vereiteln, die Meinung über die Reform verwirren und den Willen von ihr auf entgegengesetzte Ziele ablenken. Darum ist hier von den gedachten Aeußerungen der Berliner Nationalzeitung die Rede gewesen.

Sie sind wie gesagt nicht etwa Ausdruck vereinzelter einsam stehender Meinung, sondern fixer Idee und zäher

Tendenzen Vieler und zum Theil Einflußreicher. Gar Manches kommt ihnen begünstigend entgegen. Von mehreren Seiten und sehr beflissen wird Propaganda für sie gemacht. Man kann keine Monatsrundschau anstellen, ohne ihnen in den preußischen und vermeintlich preußenfreundlichen Tagsblättern zu begegnen.

Namentlich läßt ein guter Theil der Correspondenten aus dem Berliner Preßbureau ihre Verbreitung sich angelegen sein, was die Direction nicht leiden sollte, da Jedermann diese Vögel an den Federn kennt und so gut weiß, woher die Melodie der Lieder kommt, welche sie singen, und da so begreiflicher und entschuldbarer Weise auch ihre eigenen und falschen Noten auf die Rechnung des Gouvernements gebracht werden, so daß durch jene ihre Ueberbeflissenheit die preußische Regierung dem Verdachte ausgesetzt wird, auch ihrerseits den Gedanken des eventuellen Zurückkommens auf die Pläne von 1848 und 1849 zu hegen und zu begünstigen.

Die freien Organe anderer Richtungen und Parteien, der Alt- und Neupreußen, stehen jedoch nicht zurück. Die mehrgedachten Aeußerungen des demokratischen Berliner Blattes datiren vom März. Im April lautete es in der Osterrundschau der „Neuen Preußischen Zeitung": „Preußens Beruf ist der Fortschritt, und nicht blos der eigene, sondern die Führung Deutschlands, zunächst des evangelischen Deutschlands, auf der Bahn des Fortschritts" — wo denn wenigstens, wenn auch in einer anderen Tonart, von Preußens Berufe zu führen gesungen wurde — und zwar sehr charakteristisch. Der Titel eines äußern und gesetzlichen Berufes Preußens, Deutschland zu führen, fehlt. Es muß

ein innerer, auf einem Mehrbesitz von Kraft, Befähigung und Vermögen, aus vorragendem Verdienst und aus Musterbeschaffenheit sich ergebenden gemeint sein. Dieß müßte nun das Erste sein. Das Führen und Folgen würde daraus von selbst resultiren, auch ohne daß von dem Anspruche auf die Führung die Rede wäre. Allein er wird vorangestellt, unabläßig wird von ihm gesprochen, und wo und wenn kommt es zum Vorangehen? Der Osterrundschauer schickte seinen Auslassungen über Preußens Führerberuf eine Schilderung Preußens, solcher Sünden des Staates und der Kirche, mit Einem Worte einer so lasterhaften und kläglichen, Buße dringend erfordernden Beschaffenheit und doch einer solchen Unbußfertigkeit Preußens voraus, als ob er von der Nachfolge hätte abschrecken oder ein Warnungszeichen hätte aufrichten wollen, so daß Deutschland, insbesondere das evangelische, ganz blind oder toll und thöricht sein müßte, der Führung Preußens sich anzuvertrauen, sofern es letzteres nach dieser Beschreibung beurtheilte.

Die erwähnte Propaganda ist namentlich auch auf dem Felde der Geschichtschreibung und sonst vielfach, bisweilen wo man sie am wenigsten suchen würde, bisweilen kurios genug thätig.

Ein Beispiel.

Vor einigen Wochen erschienen in Frankfurt „Preußische Soldatenlieder", gesammelt von Hermann von Scharff-Scharffenstein. Den Reigen beginnt das „Ich bin ein Preuße." Es folgen Lieder von Hauff, Chamisso, Körner, dem Herausgeber u. s. w. Von diesem rühren u. A. ein paar verwunderliche Nummern her, welche noch ver-

wunderlicher mitten zwischen die andern gestellt sind. In der einen — „An Friederich Wilhelm IV." überschrieben und als 1850 bereits abgedruckt bezeichnet — ist davon die Rede, daß ganz Deutschland auf den König den Blick gerichtet habe, indem es in Ehrfürcht vor ihm sich beuge; dann folgt:

„Gern weiht es Dir, o nimm der Treu zum Lohne
Des alten Reiches hehre Kaiserkrone."

Denn seiner Ahnherrn Macht sei sie entsproßen, gern hätte es Friedrich den Großen zum Kaiser erhoben, doch lebe sein Name, verbleibe sein Geschlecht, es weilten Sproßen seines Stammes hienieden, die sein Genius mächtig fürder treibe. Der Schluß lautet:

„Nun wo auf's Neu' sich die Gewalten schieden,
Sind sie es, welchen Deutschlands Scepter bleibt.
Erhabner Herrscher, Erbe deutscher Throne,
O wahr' und schirme Du des Reiches Krone!

Die andere ähnliche Nummer trägt die Ueberschrift: „Friedrich Wilhelm I., Kaiser von Deutschland." Eine Anmerkung besagt, am 28. März 1849 sei der König in Frankfurt a. M. zum erblichen Kaiser gewählt, habe jedoch die Wahl in entschiedener Weise abgelehnt; das Lied sei damals entstanden und habe in vielen Tausenden von Exemplaren in ganz Deutschland Verbreitung und begeisterte Aufnahme gefunden. Aber die Sammlung hat einen praktischen Zweck, ist vom Herausgeber, dem auch eine besondere Anerkennung aus hohen Sphären zu Theil geworden, nach allem Anschein dem gegenwärtigen und zukünftigen Gebrauche bestimmt und wird dem Vernehmen nach im preußischen Militär mit

Beeiferung verbreitet. Zwecklos wird doch die Reproduction dieser Lieder nicht heißen wollen, und wenn sie es nicht sein soll, welchen Zweck muß sie haben? Den Inhalt des Kaiserliedes kann man sich leicht selber denken. Es beginnt:

„Wer ist der Kaiser fromm und gut,
In Frankfurt auserwählt.“

Der Chor singt:

Sei stolz, o Preußen, freue dich!
Dein Friedrich Wilhelm, ritterlich,
Dein König, Dein König
Ist Deutschlands Kaiser jetzt!“

Man kann sich auch die Effecte leicht selbst denken, wenn das jetzt von preußischen Soldaten gesungen wird. Eine der Wirkungen müßte wohl die sein, daß die Sache lächerlich würde, so daß Herr von Scharff-Scharffenstein gewiß besser gethan hätte, wenn er der zu Boden gefallenen Kaiserwahl nicht geschweigen wollte, ein Lied auf die entschiedene Ablehnung des Königs zu suppeditiren.

Gar Mancherlei schärft in dieser Zeit aufs Neue so nachdrücklich die Nothwendigkeit ein, daß die deutschen Großstaaten auf das Engste und Innigste sich an einander schließen, daß der Deutsche Bund ernstlich gemeint und ehrlich und in Ehren gehalten wird. Bei der holsteinischen Sache haben das auch die preußischen Wortführer in der Presse laut ihren Aussagen sehr wohl erkannt. Wie groß erscheint nun aber ihre Rücksichtslosigkeit und Unklugheit, wie groß und blind ihre Leidenschaft, ihrem Preußen aparte Ansprüche und Vorzüge zu vindiciren, wenn man in Betracht zieht, daß sie trotzdem, in solchem Momente, mit

Aeußerungen hervortreten, wie sie in der Berliner National-zeitung und sonst neben so vielen Aussagen der gedachten Art gefunden werden! Dieser preußischen Politiker sind nicht wenige, sie haben ihren Einfluß, bilden doch einen Theil von dem Preußen, das ihrer Prätension zufolge Deutschland führen soll. Man fragt natürlicherweise in Deutschland, ob man sich der Führung des Staates, der dazu angepriesen wird, mit Sicherheit und nach gehöriger Erwägung des Nutzens oder Schadens überlassen kann und soll. Wenn eine den Anpreisern unerwünschte Antwort erfolgt, so werden sie die Schuld am meisten sich selber beizumessen haben.

Sofern es ihnen gelingt, ihrer Meinung, daß Preußens Ziel, nach seiner Mission der Unirung der kleineren Staaten, in der Zukunft liege, die etwa die Gelegenheit bringe, auf die Pläne von 1848 und 1849 zurückzukommen — sofern es ihnen gelingt, sagen wir noch ein Mal, ihrer Meinung praktische Folge zu verschaffen, so daß sie das Richtmaß der preußischen Politik wird: sofern versäumt nothwendigerweise Preußen seinen Beruf und seine Schuldigkeiten in der Gegenwart. So sehr zweifelhaft und zweideutig der Nutzen ist, welchen Preußen von der Inbetrachtnahme der Möglichkeit haben soll, daß es auf jene Pläne einmal zurückkommen und sie durchführen könnte, so höchst problematisch es ist, daß eben das Durchführen gelinge: so vollkommen gewiß ist es, daß man Preußen positiv und wesentlich schadet, indem man unablässig jene Möglichkeit an die Wand malt und das Gelüst nach ihrem Eintreten ausläutet. Davon war schon die Rede. Wir fügen hier noch Folgendes hinzu. In ihrer Morgenausgabe vom 14.

August v. J. kam die Nationalzeitung auf einen Hauptgrund des so verbreiteten als zähen Mißtrauens namentlich auch in Deutschland gegen Rußland. „Die Herrschaft über die Welt“ sagte sie, „ist eine Idee der russischen Politik, und diese Idee von der russischen Mission macht es Rußland unmöglich, ein aufrichtiger Verbündeter seiner Nachbarn zu sein.“ Darin, daß dem so ist, liegt unfraglich sowohl eine Schwäche, als ein Tadel der großen slavischen Macht. Man weiß, daß jene Idee in Rußland lebendig ist, und dieß und die Inbetrachtnahme der Möglichkeit, daß es auf seine Pläne von Peter dem Großen her noch einmal zurückkommen könnte, hat die Folge, daß man ihm nie und nimmer traut. Mögen die geschwätzigen Apostel der Idee von der Mission, der Hegemonie oder Herrschaft Preußens in Deutschland bedenken, daß diese Idee, je mehr sie davon sprechen, jemehr als eine der preußischen Politik und nicht bloß einzelner Preußen erscheint. Damit ist nochmals einer der sehr wesentlichen Nachtheile angedeutet, welche sie ihrem Staate zufügen.

Es ist leidig und unbillig, wenn Preußen eine falsche und ihm selbst nachtheilige Politik befolgt, oder wenn preußische Politiker und Rhetoren eine solche treiben, als wäre sie die seinige oder um sie ihm aufzudringen, daß „preußenfeindlich“ heißt, wer jener Politik, selbst wer nur jenen Unautorisirten entgegentritt. Der Widerspruch ist in Wahrheit preußenfreundlich, der Vorwurf ist ungerecht, doch nicht und eben auch deßhalb nicht zu scheuen. Besteht doch in Preußen selbst, wie es Reichensperger im Abgeordnetenhause am 23. April ausführte, und zwar gleichberechtigt, auch die „großdeutsche“

Anschauungsweise. „Ihr zufolge kann das Heil von Deutschland nur auf einen Dualismus gegründet werden, einen Dualismus, bedingt durch die einmal vorhandene Machtstellung; es kann nur erwachsen auf Grund des Bundestages, kann nur aufrecht erhalten werden durch ein inniges Zusammengehen von Preußen und Oesterreich, ein Zusammengehen, das man doch wenigstens nicht von vorn herein als etwas Unpraktisches und Chimärisches verurtheilen kann, da ja sogar das Testament eines hochverehrten Königs, König Friedrich Wilhelms III., ein solches inniges Zusammengehen für eine Hauptforderung einer gesunden preußischen Politik erklärt hat. Diese Anschauung will nicht Eifersucht zwischen den beiden Staaten, sondern Wetteifer; sie will nicht die Hegemonie Oesterreichs oder Preußens, sondern sie will, durch die Einigkeit der beiden Großstaaten, die Hegemonie Deutschlands im Staatensysteme Europa's." Sie sei die Grundtendenz der „Volkshalle" gewesen. Daß man sie in dieser als preußenfeindlich verurtheilt habe, werde Niemand billigen können, oder es hätten auch und noch mehr die russischen Sympathieen der „Neuen Preußischen Zeitung" als preußenfeindlich verurtheilt werden müssen. Dürfe man Vorliebe hegen — wie jenes Organ sie neuerdings kund gegeben — für England, als für eine evangelische Großmacht, dann sei es auch und um so mehr erlaubt, für einen deutschen Großstaat, für das katholische Oesterreich eine solche an den Tag zu legen. „Man muß sich eben vertragen lernen, und darf am wenigsten sofort Alles preußenfeindlich nennen, was bei der jeweiligen preußischen Regierung keinen Anklang findet."

Oder, wird man hinzusetzen dürfen, was entgegen den Gönnern und Verkündigern der anderen Anschauungsweise, wonach Preußen die Hegemonie erstreben soll, entgegen Parteimännern, Publicisten, Poeten gesagt wird, welche dieser Richtung auf eigene Faust Ausdruck geben.

Anderwärts (Studien zur deutschen Geschichte und Politik) ist aus zahlreichen und unzweideutigen Äußerungen preußischer Organe der verschiedensten Richtungen bis in den Sommer des vorigen Jahres nachgewiesen, daß die Wesenheit Preußens als Großmacht eigenen preußischen Urtheilen zufolge sich neuerdings wenig bewährt und gute Früchte nicht getragen habe, als zerstörte Illusion dastehe, ihm selber mindestens zweifelhaft geworden sei. Neuere Auslassungen desselben Inhalts vervollständigen den Beweis. Zu ihnen gehören die hier gedachten der Nationalzeitung. Andere zeigen einen Gährungsprozeß der Begriffe an. Im Januar dieses Jahres, als von Berlin her so viel Selbstgenugsamkeit in Großsprechereien und so starke Antipathien gegen Preußen in Süd-Deutschland sich kund gaben, schrieb der Berliner Correspondent eines nichtpreußischen norddeutschen Blattes: „Die Preußen glauben mit oder ohne Deutschland und dessen Sympathien Alles zu können, was sie ernstlich wollen, so daß ihnen nicht viel daran gelegen, ob jetzt Preußen im Süden deren verloren hat oder nicht. Man glaubt, Preußen werde in jedem Kampfe gegen eine andere Macht Deutschland doch immer für sich haben. Auch gegen Oesterreich? Daß man sich nur nicht irrt! Wie es scheint, giebt es jetzt kaum ein deutsches Land, wo man nicht lieber mit Oesterreich als mit Preußen ginge." Man entsinnt

sich der Aeußerungen der Herren Patow und Harkort in der Debatte des preußischen Abgeordnetenhauses über die Steuergesetze: „Es scheint mir wirklich, ohne dem Patriotismus zu nahe zu treten, daß wir zu hoch streben; wir sind in der Reihe der Großmächte die Kleinste, sie sind uns einzeln physisch um das Doppelte überlegen" u. s. f. Kurz zuvor hatte der soeben erwähnte Berliner Correspondent geschrieben: „Wir sind stolz darauf, Preußen als die letzte Großmacht zu sehen, und lassen es uns nicht wenig kosten, wie die finanziellen Bedrängnisse zeigen. Selbstverwaltung — dazu wird es nicht kommen. Noch weniger Aussicht hat der Vorschlag, den der Nationalökonom Kries in der „Germania" gemacht, daß Preußen auf den Schein seiner Großmachtsstellung verzichte, die es in Wahrheit doch nur unter Friedrich II. beseßen. Man wird nicht wollen, und so werden wir Opfer auf Opfer häufen, um endlich selbst als Opfer der Nothwendigkeit zu fallen."

Wir dürfen selbst aus diesen desperaten Aeußerungen entnehmen, daß die Wahrheit über Preußens wirkliches Maß in ihm selber sich durchkämpft. Und wenn den preußischen Politikern das nur erst recht klar und gewiß geworden, daß Preußen Großmacht in dem Sinne, wie man es dafür hielt, nicht sei und das Vermögen zu sein nicht besitze, so werden sie auch die richtigen Consequenzen finden. So ist Hoffnung, daß Preußen des Bundes und dessen Reform mit seinen reichen Kräften sich annehme, so ist um so mehr Hoffnung für die Bundesreform.